einem Berliner Unterbezirk durchgeführte öffentliche Propaganda zur Sabotage der revolutionären Presse bewiesen, daß sie sich im Schlepptau von Elementen befindet, die von vornherein mit dem Gedanken der Sprengung der Partei spielten und letzten Endes diese Sprengung provokatorisch und absichtlich förderten. Wie die Partei es prinzipiell ablehnen muß, über ihre Prinzipien mit anderen Organisationen zu handeln, muß sie es auch ablehnen, mit dieser „Opposition" über „Bedingungen" zu handeln, um so mehr, da diese „Opposition" durch ihre letzte „Aktion" selbst bewies, daß alle „Forderungen" und „Bedingungen" nur Manöver einer Taktik sind, um die Parteigenossen zu verwirren.

Der Zentral-Ausschuß fordert alle Genossen, die aus falscher Solidarität dieser „Opposition" folgten, auf, mit dieser „Opposition" zu brechen und in die Partei zurückzukehren. Die politische Stellung der Partei zu dieser „Opposition" ergibt sich aus deren parteischädigenden Verhalten, und jede Unterstützung dieser „Opposition" ist deshalb unbedingt abzulehnen.

Diese Entschließung wurde gegen die Ortsgruppen Leipzig und Weißenfels bei Stimmenenthaltung Hamburgs angenommen.

Immer noch amerikanischer Bergarbeiterstreik

Der amerikanische Bergarbeiterstreik dauert immer noch an. Die Meldungen von der Beendigung waren Schwindelmeldungen im „Interesse" der Arbeiter und kamen von und für die Gewerkschaften, um den internationalen Streikbruch weniger schofel erscheinen zu lassen. Es wird sich allerdings um Teilbeendigungen handeln. Die Gewerkschaften würgen den Streik grubenweise ab, um die noch Streikenden auf die Knie zu zwingen. Wie der New Yorker Korrespondent der dem Reich gehörenden „Industrie- und Handelszeitung" (29. Oktober) von Ort und Stelle meldet, dauert der Streik bis heute noch an.

An den Produktionsziffern zu schätzen, ist der Streik, an dem rund 100 000 Bergarbeiter beteiligt waren oder (wenigstens ein Teil) noch sind, allerdings am versiegen. Der Streik wurde zur ungünstigsten Zeit begonnen. Unternehmer wie Gewerkschaften provozierten ihn, um den Arbeitern die Erfolglosigkeit jedes Streiks zu demonstrieren. Es wurde vorher planmäßig Kohle auf Halde und in den Verkaufslagern im Lande aufgestapelt. Weiter wurde lange Zeit vor Beginn des Streiks Propaganda mit ihm gemacht, damit sich die Konsumenten mit Vorrat eindecken.

Als der Streik am 1. April einsetzte, waren, wie der Korrespondent der „I. u. H." mitteilt, die Bestände an bituminöser Kohle in Händen der Konsumenten nach Schätzungen der Regierung 75 000 000 ts., der größte Bestand, der jemals verzeichnet worden ist. Bis vor kurzem war die durchschnittliche Wochenproduktion 8—8,5 Millionen Tons, d. h. 1 Million Tons weniger als der erwartete Verbrauch. Am 1. Juli betrugen die Bestände schätzungsweise noch 52 000 000 Tons, was für das in Frage stehende Datum ebenfalls eine Rekordziffer bedeutet.

Trotz der geringeren Förderung stiegen die Preise nicht, sondern sie sanken. Ein Beweis, daß Ueberfluß an Kohle herrschte. Erst im August, d. h. als die breite Masse mit der Eindeckung von Hausbrandkohle einsetzte, begannen die Preise langsam zu steigen. Immerhin hatten sie Anfang September erst die Höhe erreicht, die sie Anfang April, zu Beginn des Streiks hatten. Nach amtlichen Mitteilungen betrug der Preis in Dollar je Tonne:

Woche endend:	1927	1926
	in 1000 t	
26. März	13 373	9 626
2. April	11 054	9 404
9. April	8 355	9 420
23. April	7 937	9 271
30. April	8 424	9 125
7. Mai	8 185	9 039
11. Juni	8 524	9 624
18. Juni	8 264	9 503
25. Juni	8 479	9 846
16. Juli	8 255	10 116
23. Juli	8 259	10 150
30. Juli	8 504	10 540
13. August	9 093	10 628
20. August	9 142	10 533

Januar	2,33	1. Woche August	1,98
März	2,06	2. Woche August	1,99
April	2,09	3. Woche August	2,05
Juni	1,85	4. Woche August	2,10
Juli	1,83	1. Woche September	2,11

Wie planmäßig schon vor Beginn an der Abwürgung des Streiks bzw. an dem auf-die-Knie-zwingen gearbeitet wurde, zeigen auch die Förderziffern. Bei Vergleich der Ziffern mit denjenigen des Vorjahres ist jedoch in Rücksicht zu ziehen, daß infolge des britischen Kohlenstreiks und des damit von den Gewerkschaften organisierten internationalen Streikbruchs im Sommer und Herbst vorigen Jahres eine erhöhte Produktion eingesetzt hatte, um den Exporthandel bedienen zu können. (Ziffern des U. S. Bueno of Mines für alle Staaten: Bituminöse Kohle.)

Die Förderziffern zeigen auch gleichzeitig, daß unmittelbar nach Einsetzung des Streiks die anderen Gruben die Förderung zu steigern begannen. Ende August hatte die Förderung schon wieder die Höhe erreicht; die sie im März (zu der Zeit, als noch Hausbrandkohle gebraucht wurde), also vor Beginn des englischen Bergarbeiterstreiks hatte. An dem Rückgang der Konjunktur, d. h. an dem Rückgang des Verbrauchs an Industriekohle, war die Förderung Ende August über Zeit des Vorjahres, als noch gestreikt, als aber, flott Streikbruchkohle nach England geliefert wurde.

Die Arbeiter, die mit dem Mut der Verzweiflung jetzt im 8. Monat streiken, haben die Einsicht in Vorgänge der nationalen Gesamtwirtschaft und in die internationale Wirtschaft nicht. Sie sagen sich, wenn sie streiken, fehlt das entsprechende Quantum Kohle und so hungern sie Monat um Monat in der Hoffnung, daß die Unternehmer endlich nachgeben müssen. Die Gewerkschaften aber haben die Einsicht. Und deshalb sabotierten sie die Streiks und lokalisierten sie, damit sich der Zündstoff der Verzweiflung nicht ansammelt und über das ganze Land zur Explosion kommt. Solche Streiks könnten im internationalen Proletariat evtl. nicht Streikbruchgeltung, sondern Solidarität auslösen. Und das könnte die Revolution bedeuten, zum mindestens einen gewaltigen Schlag gegen das Kapital und das Ausbleiben der Gewerkschaftsbeiträge während des Streiks. Das würde die Trockenlegung der Gewerkschaftskassen bedeuten und die Entziehung der Gehälter der Gewerkschaftsbeamten.

Die Vorgänge, die im amerikanischen Bergarbeiterstreik zu beobachten waren, traten ebenso zu Tage im englischen und im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik, wie in allen Streiks mit gewerkschaftlichem Mittels überhaupt. Gerade diese Streiks, wo stets große Massen, oder wie in England, wo alle Bergarbeiter viele Monate streikten, sie sollten dem Proletariat endlich zeigen, daß mit gewerkschaftlichen Mitteln jeder Streik für die Arbeiter schon verloren ist, bevor er noch begonnen wurde. Es wird noch schwerer Niederlagen bedürfen, bevor das Proletariat auf der Einsicht gelangt, daß nur die Solidarität auf breiter Grundlage, daß nur der Kampf Klasse gegen Klasse dem Kapital Niederlagen und dem Proletariat Erfolge bringt. Zu solchen Kämpfen taugen aber die Gewerkschaften nichts. Zu solchen Kämpfen müssen sich die Arbeiter Organisationen schaffen, die ihnen selbst folgen, mit denen sie kämpfen können, wenn sie die Notwendigkeit zum Kampf einsehen. Die Grundlage einer derartigen Organisation ist die aus revolutionären Betriebsorganisatoren gebildete Allgemeine Arbeiter-Union.

Reichsschulgesetz und Arbeiterjugend

Wie sehr die deutsche Bourgeoisie mehr und mehr eine politische Festigkeit verlangt, bewiesen die vielen Gesetze, die auf Grund dieser Festigkeit in letzter und allerletzter Zeit angenommen wurden. Es sei nur an einige erinnert, die dem deutschen Proletariat in seinen Streikbewegungen der letzten Wochen gerade die größten Faßangeln anlegten. So z. B. das Schlichtungsgesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz und auf kulturellem Gebiet das Schund- und Schmutzgesetz.

Eine würdige Ergänzung zu diesen Gesetzen ist das seiner Erledigung entgegensehende Reichsschulgesetz. Die herrschenden Klassen sind den Pfaffen verpflichtet, die ihnen geleisteten Dienste zu entgelten, und so wagt es der Bürgerblock als ausführendes Organ der herrschenden Klasse, dem schwarzen Gesindel helfend zur Seite zu stehen, der Arbeiterschaft und ihrer Jugend ein Gesetz aufzuhalzen, das an die Zeit des Reichsvereinsgesetzes des Jahres 1908 erinnert. Dieses Gesetz ist ein würdiges Beispiel dafür, wie die Bourgeoisie von jeher versucht, die Jungarbeiter durch Gesetze aller Art zu knebeln, ihnen die Möglichkeit einer politischen Organisation zu nehmen versucht hat.

Der hauptsächlichste Paragraph dieses Gesetzes, das durch die Novemberrevolution weggefegt wurde, lautete:

„§ 17. Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein und weder in den Versammlungen solcher Vereine, sofern es sich nicht um Veranstaltungen zu geselligen Zwecken handelt, noch in öffentlichen politischen Versammlungen anwesend sein."

Heute ist die Bourgeoisie daran, nicht nur den alten Zustand jener Zeit der schwärzesten Reaktion wieder herzustellen, sondern diese noch womöglich zu übertreffen. Die Regierungen der einzelnen deutschen Länder gehen in konsequenter, einheitlicher Form in dieser Weise vor.

Allen voran in diesem Vorgehen, das sich in erster Linie gegen die proletarische Jugend richtet, ist Bayern. In Bayern bestand bekanntlich bis zum Frühjahr 1924 Belagerungszustand und Verbot sämtlicher kommunistischer Partei- und Jugendorganisationen. Nachdem dieses Verbot aufgehoben war, erließ die bayerische Regierung eine „Verordnung zum Schutze der Schuljugend".

Es wurde allen Schulpflichtigen verboten, politischen Vereinen oder solchen Versammlungen anzugehören oder beizuwohnen. Die Verordnung bezog sich auch auf die Fortbildungsschulen und Fachschulen, so daß die proletarische Jugend bis zum 18. Jahre rechtlos gemacht war. Die Verfolgung von Jugendlichen, die noch keine 18 Jahre waren und sozialistischen Jugendorganisationen angehörten oder an deren Versammlungen teilnahmen, setzte ein. Wiederholt wurden Jugendgenossen, die man für die Teilnahme von „18jährigen Schulpflichtigen" an Veranstaltungen verantwortlich machte, bis zu 3 Monaten Gefängnis bestraft.

Auch die württembergische Regierung des Herrn Bazille folgte dem bayerischen Beispiel, und gab im August 1925 einen Erlaß heraus, der sich gegen die Propaganda der Jungkommunisten in den Schulen richtet. In dem Erlaß heißt es u. a.:

„Zur Aufrechterhaltung der Schulzucht wird angeordnet, daß den Schülern aller öffentlichen Schulen (einschl. der Fortbildungsschulen) verboten wird, sich an Vereinigungen und Veranstaltungen zu beteiligen, die den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken. Unter Verbot wird gestellt: Handlungen irgendwelcher Art vorzunehmen, die darauf gerichtet sind, Schuleinrichtungen, Angehörige der Schulverwaltung und Lehrer und deren Anordnungen verächtlich zu machen usw."

Diese Verordnung gab den Anlaß zur Auflösung von Versammlungen der Fortbildungsschüler durch die Polizei. Selbst aus politischen, öffentlichen Versammlungen wurden die Fortbildungsschüler von der Polizei herausgeholt, sämtliche Jugendveranstaltungen polizeilich überwacht.

Doch auch das schöne Thüringen wollte nicht ins Hintertreffen geraten, und so gab die Landesregierung im April 1925 eine Verordnung heraus, die sich ganz unzweideutig gegen die revolutionäre Jugendbewegung richtet. Die Verordnung sagt folgendes:

Jede kommunistische Werbetätigkeit in den Schulen ist verboten, kommunistische Schulzellen werden verboten, ebenso der Vertrieb kommunistischer Schriften in den Schulen.

2. Lehrer, die die kommunistische Arbeit in den Schulen beginstigen, werden sofort entlassen. Die Lehrer werden verpflichtet, gegen die kommunistische Agitation zu arbeiten.

3. Schulräume dürfen für kommunistische Veranstaltungen nicht hergegeben werden.

4. Auch außerhalb der Schule ist den Schülern jede kommunistische Tätigkeit untersagt."

Nichts steht darin von einem Verbot der faschistischen oder christlichen Propaganda. Sie können mit staatlicher Unterstützung der proletarischen Jugend mit ihrem Nationalismus das Gehirn nach Herzenslust verkleistern.

Als letzte im Bunde folgte die sächsische Regierung, eine Nachfolgerin der „glorreichen" sächsischen „Arbeiter- und Bauernregierung". Am 6. August d. J. hat das sächsische Ministerium für Volksbildung eine Verordnung erlassen, die folgenden Passus enthält:

§ 1. Den Schülern und Schülerinnen aller der Aufsicht des Ministeriums für Volksbildung unterstehenden Schulen wird verboten, sich an Vereinigungen oder Veranstaltungen zu beteiligen, die das Ziel haben, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung auf andere als dem gesetzlichen Wege zu ändern, oder die sich sonst mit den Aufgaben der Schulerziehung (Artikel 148 der Reichsverfassung, § 1 des Uebergangsschulgesetzes) in Widerspruch setzen."

Das alles sind nur Vorläufer jener Gesetze, die im Reichsmaßstabe bereits angenommen oder in Vorbereitung sind. Erst verbietet man faktisch der proletarischen Jugend mit Hilfe des am 2. 12. 26 vom Reichstag beschlossenen Gesetzes „Zum Schutze der Jugend gegen Schmutz und Schund", alle von „Fachmännern" der Bourgeoisie als Schund bezeichneten Bücher zu lesen. Danach wird durch das am 17. Mai d. J. in Kraft getretene „Gesetz zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten" die Gelegenheit wahrgenommen, propagandistische Veranstaltungen politischer oder kultureller Organisationen, an dem jugendliche beteiligt sind, zu verbieten. Es sei nur erinnert an die Veranstaltungen des Bundes freier Menschen, die man zum Teil verboten hatte.

Als Krone all dieser Gesetze liegt jetzt dem Reichstag das Reichsschulgesetz vor, welchem die in Vorbereitung befindlichen Gesetze, wie Vereinsgesetz und Berufsausbildungsgesetz folgen werden. In dem Reichsschulgesetz hebt man besonders stark die „Gleichberechtigung" der konfessionellen und weltlichen Schulen hervor. Doch wie es in Wirklichkeit aussieht, zeigen die Bestimmungen über die Lehrkräfte. In § 4 Absatz 5 heißt es:

„An der Bekenntnisschule dürfen nur solche Lehrkräfte hauptamtlich angestellt werden, die dem Bekenntnis der Kinder, für welche die Schule bestimmt ist, oder einem verwandten Bekenntnis angehören usw."

Demgegenüber heißt es in § 5 Absatz 5:

„An der bekenntnisfreien Schule können Angehörige jedes Bekenntnisses, sowie Bekenntnislose als Lehrer angestellt werden usw."

Die Aufsicht und das Kommando über die Schulen erhalten wieder die Pfaffen. Sie werden in Zukunft den Lehrplan entscheidend bestimmen. In § 13 Absatz 3 heißt es:

„In die örtliche Schulverwaltungskörper, denen die Schulen unterstehen, an welchen Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist, ist je ein Vertreter der entsprechenden Religionsgemeinschaft (evangl. Pfarrer, kathol. Pfarrer, Rabbiner) mit Sitz und Stimme aufzunehmen."

„. . . Den obersten Stellen der Religionsgesellschaften ist Gelegenheit zu geben, sich davon zu überzeugen, ob der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgesellschaft erteilt wird."

Klar und unzweideutig wird jeder Junge und erwachsene Arbeiter an Hand dieser Kostproben ersehen, was es bedeutet, ein Gesetz in dieser Art durchzuführen. Das bedeutet einen verstärkten Einfluß der Kirche unter den Arbeiterkindern. Ein neues Bündnis der Bourgeoisie und der Kirche zur Verdummung der Arbeiterklasse.

Was aber ist zu tun. Da streiten sich die Proletarier aller Parteien im Reichstag herum. Sozialdemokraten sind trotz ihres halb leisen Gezänes bereit, dem Gesetz keine Schwierigkeiten zu machen, was ist auch anderes zu erwarten von einer staatsbejahenden Partei, die Pfaffen wie Herrn Bleier in ihren Reihen hat. Und die KPD. und ihre Jugendorganisation der KJVD., sie sind gegen dieses Gesetz. Sie rufen gegen Schulreaktion, gegen Bürgerblock, für Auflösung dieses Reichstags. Natürlich kommt dann ein anderer, welcher in ähnlicher Form die Gesetze der Bourgeoisie zur Annahme bringen wird, und alles Geschrei war umsonst.

Das revolutionäre Jungproletariat muß wissen, daß es gegen die Auswüchse der kapitalistischen Gesellschaft nur erfolgreich ankämpfen kann, und sie kämpft dagegen durch unermüdliche Propaganda für den Sturz des Kapitalismus und seiner Trabanten, für den Kommunismus.

Maximilian Harden tot!

Maximilian Harden ist am 20. Oktober, genau 66 Jahre alt, in Montana-Vermala (Schweiz) gestorben.

Mit Harden ist eine der markantesten Persönlichkeiten und der schärfste Kritiker des Kaiserismus, mehr der Personen der Kaiser und deren Klique, dahingegangen. Zweifellos der hervorragendste Journalist der Vorkriegszeit, hat sich Harden mit seiner ebenso mutigen und rücksichtslosen als feinpointierten Kritik einen Namen von Weltruf gemacht.

Harden kam aus dem Kleinbürgertum und begann als Schauspieler. (Sein richtiger Name war Wittkowski, seine Eltern waren Mühlenbesitzer in Krotoschin.) Seinen Aufstieg in die Geldaristokratie und sein Eindringen in die Kreise des höchsten Adels und des Hofes verdankt er ausschließlich seiner spitzen Feder. Als Harden in das Vertrauen des gestürzten Bismarcks gezogen wurde und dieser in Ungnade gefallenen Günstlinge Wilhelms I. und die Gegner des jungen Wilhelm II. sich seiner Feder bedienten, war er ebenso der geliebteste Günstling der einen und der gehaßteste Gegner der anderen Klique, als er im Vordergrunde der Tagespolitik stand.

Harden begann seinen Ruhm als Redakteur der damals (vor Moosies Zeiten) unabhängig-bürgerlich-radikalen „Berliner Volkszeitung," wo er unter dem Pseudonym Apostata mit seinen politischen und literarischen Aufsätzen das größte Aufsehen erregte. Sein zweibändiges Werk, das unter dem gleichen Pseudonym erschien, erregte zur Zeit des Erscheinens, 1892, ein ungemeines Interesse und wurde eins der meistgelesensten Bücher. 1892 gründete er auch seine politische Wochenschrift „Die Zukunft," mit der er verstärkt auf seiner Linie seine ganze kritische Kraft einsetzte. Hardens Gabe, Spott, Ironie und Satyre unerschrocken anzuwenden und einige Festungsstrafen wegen seiner Kritik des verrotteten politischen Systems steigerten seine Zeitschrift zu einer Auflage wie sie in Deutschland noch nie ein Presseerzeugnis erreicht hatte. „Die Zukunft" hatte ihre Leser ebenso in der intelligenten Arbeiterschaft als in der Bourgeoisie und im Adel, wie am Hofe. Die Höhe seines journalistischen Ruhms erreichte Harden, als er sich den Günstling beider Kaiser, den Fürsten Philipp Eulenburg vornahm und damit einen Rattenkönig von verlumpten und perversen Intriganten aufdeckte.

Aus dem Namen Hardens Zeitschrift, aus der Tatsache, daß sie auch in Arbeiterkreisen gelesen wurde und aus seinen meisterhaften und schroffen Angriffen gegen das verlumpte politische System darf noch nicht geschlossen werden, daß er der Arbeiterklasse irgenwie nahe stand. Seine Kritik war rein negativ. Ja, es ist auch durch nichts erwiesen, daß Harden der politischen Reinlichkeit und der Wahrheit wegen Kämpfte. Dagegen kann mit Fug und Recht geschlossen werden, daß der Meister der Feder seine Anstrengungen machte, um die Auflage seiner Zeitschrift und seiner Bücher zu steigern. Harden war ein ebenso großer Meister, sein journalistisches Können und sein reiches Wissen in Gold zu verwandeln. Schon eine Reihe von Jahren vor dem Kriege stand sein Name im Adreßbuch mehrfacher Millionäre.

Seinem Streben gemäß war Harden politischer Schlangenmensch. Vor dem Kriege Imperialist, war er mit Kriegsausbruch wüstester Kriegsschreier und Anexionist. Seine Kritik beschränkte sich nur auf die Unfähigkeit der anderen Imperialisten und Anexionisten. Aber als der Pazifismus Wurzel faßte, als mit Pazifismus mehr Ruhm, Geld und Abonnenten zu gewinnen waren, wurde Harden ein ebenso glühender Pazifist, als er Zeit seines Lebens Kriegshetzer gewesen war. Der Typ eines Konjunkturpolitikers. Daran ändert auch gar nichts, daß er in der ersten Nachkriegszeit eine Zeit scheinbar auf der Seite der Arbeiter stand und seine Kritik schärfer war als die Spartakus'. Sein Streben war auch hier, die bürgerliche Welt zu retten. Als mit der „Zukunft" nichts mehr zu verdienen war, ließ er sie 1923 eingehen.

Das revolutionäre Proletariat kann aus Hardens Wirken nichtsdestoweniger seine Lehren ziehen. Harden war ein Musterbeispiel streberischer Emporkömmlinge, die ihre Geistesgaben im und scheinbar im Dienste einer Sache zu eigenem Vorteil nützen. Hätte Harden seiner Kritik eine positive Note gegeben, wäre er schon aus seinen ersten journalistischen Anfängen hinausgestoßen ins Proletariat, wie unzählige andere.

Bezirkskonferenz K. A. P. Ruhrgebiet.

Am Sonntag, den 6. November 1927, vormittags 9 Uhr, findet in Essen im Lokal Seldenschacher, Segerothstr. 63 eine Bezirkskonferenz für das Ruhrgebiet statt.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Zentral-Ausschuß-Sitzung.
2. Unsere Aufgaben im Ruhrgebiet.
3. Verschiedenes.

Delegierte müssen Ausweis von ihrer Ortsgruppe, Gäste haben ihre Mitgliedskarten mitzubringen.

K. A. P. D. Bezirk Ruhrgebiet.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. Druck: Erdmann & Co., Berlin SO 36, Moritzpl. 6741.

8. Jahrg. Nr. 86

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pfg.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13. Telephon-Nr.: Moritzplatz 7832.

Berlin, 7. November 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Bln. SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Zum 10. Jahrestag der russ. Revolution

1917—1927

Eine Totenbeschwörung

Es ist noch kein Jahrzehnt her, sondern erst knapp neun Jahre, als der von Liebknecht-Luxemburg geführte Spartakusbund tagtäglich durch eine ekelhafte politische Jauche waten mußte. Damals, im November 1918 und in den folgenden Monaten, war es die SPD., die das revolutionäre Proletariat Deutschlands in eine Dreckflut gemeinster Verleumdungen zu ertränken versuchte. Die Ebert, Scheidemann, Noske lebten in Angst und Schrecken vor der monarchistischen Gegenrevolution — und organisierten gemeinsam mit der alten Offizierskamarilla die weißen Banden gegen die revolutionären Arbeiter. „Rettet die Demokratie, die Republik", schrieen die sozialdemokratierten Bonzen dem Proletariat zu — und sie gingen hin, beschimpften die tatbereiten Klassenkämpfer als Narren und ihre Führer als „Agenten der Bourgeoisie"; und sie heuchelten Pazifismus und hetzten die weißgardistische Meute auf die revolutionären Arbeiter und prominenten der Mittelbauern hüllten sich in die politischen Kostüme der proletarischen Gefallenen des November 17, um in dieser Feiertagskleidung die russischen sowie die Arbeiter der ganzen Welt besser vom — kapitalistischen Alltag der „Sowjetunion" ablenken zu können. Natürlich, es gibt Arbeiter, die es schon als sozialistische Entwicklung betrachten, wenn sie von „roten" Direktoren zu schärferer Ausbeutung angetrieben und von „roten" Soldaten zur Staatsraison gebracht werden. Es gibt auch in Rußland Proletarier, die wie hierzulande zahlreiche SPD.- und Gewerkschaftsführer durch die Revolution in bessere Position gekommen sind, und das schon als untrügliches Zeichen des allgemeinen sozialen Fortschritts ansehen. Diejenigen russischen Arbeiter jedoch, die nicht zur Gruppe der Sowjetbeamten gehören, können nicht so leichtfertig urteilen; sie werden über den Sozialismus in ihrem Lande ihre eigenen Gedanken haben, auch wenn sie noch aus „Disziplin" schweigen, um eben nicht unangenehm aufzufallen.

Die „kommunistischen" Jubiläumsredner können noch so vom russischen Sozialismus erzählen, die harten Tatsachen strafen sie doch Lügen. Die kapitalistische Wirtschaftsweise der besitzenden Bauernmassen muß vorläufig den Klassengegensatz zum Industrieproletariat vergrößern, das ja seine sozialistischen Interessen zurückstellen muß, um das Gebäude der NEP. nicht ins Wanken zu bringen. Die Verständigungspolitik der Moskauer Regierung mit den ausländischen Bourgeoisien treibt die russischen Arbeiter ebenso in Widerspruch zum internationalen Proletariat, weil letzteres doch wegen der „sowjetistisch"-kapitalistischen Bündnisse nicht auf den Klassenkampf gegen die eigene Bourgeoisie verzichten kann. Rußlands Bereitschaft, an der imperialistischen „Abrüstungskonferenz" teilzunehmen, ist objektiv gleichfalls nur ein weiterer Schritt zum kapitalistischen „Völkerbund", und wird gerade von den gemeinsten Verleumdern des Kommunismus, den deutschen SPD.-Bonzen, freudig begrüßt. Innenpolitisch durch den kapitalistischen Kurs der NEP. wie außenpolitisch durch diplomatische Arbeitsgemeinschaft und Verträge mit kapitalistischen Staaten befindet sich die Sowjetunion in einer Lage, die sich von der Situation 1917 unterscheidet wie Tag und Nacht. Wenn die toten Helden der Oktoberrevolution heute aus dem Grabe emporsteigen könnten, würden sie feststellen, daß die Nepwirtschaft eine kapitalistische Produktionsform ist, daß die Proletarier ein neues Joch der Ausbeutung tragen müssen.

Das sagen nicht nur wir, sondern auch die noch auf dem Boden des Leninismus stehende russische Opposition der Trotzki, Sinojew und Genossen. Sie müssen das fortschreitende Wachstum der kapitalistischen Elemente Rußlands und die damit verbundene Verschlechterung der proletarischen Klassenlage und Verschärfung der sozialen Gegensätze signalisieren, weil sie sich mit ihrem täglichen praktischen Anschauungsunterricht eben nicht so blind stellen können, wie es die sozialdemokratisch verseuchten Rußlanddelegationen auf ihren Rundfahrten sein müssen. An diesem kapitalistischen Gesellschaftszustand der Sowjetunion ändert auch nicht das geringste die Stalinsche Jubiläumsgabe des „Siebenstundentags", denn die „Prawda" vom 18. 10. verrät ja selbst: „Diese sieben Stunden aber werden die Stunden einer immer genaueren, immer rationelleren, immer organisierteren und daher immer produktiveren Arbeit sein."

Das heißt mit verständlicher enWorten: Das russische Proletariat muß für das Geschenk des Siebenstundentags entsprechend mehr schaften — der soziale Fortschritt der Arbeitsverkürzung wird also durch eine qualitative und quantitative Steigerung der Arbeit wieder aufgehoben.

Wie bombastisch auch die Leninistenführer ihren Jubiläumsrummel aufziehen — ihre Totenbeschwörung kann nicht die lebendige Wirklichkeit wegbexen. Die zehnjährige Entwicklung der Sowjetunion hat wirtschaftliche und politische Verhältnisse geschaffen, die nach einer neuen gewaltsamen Umwälzung schrieen, wenn das russische Proletariat nicht unter die Räder kommen soll. Der besitzende Bauer, der mit seiner starken ökonomischen Macht die Hauptligur darstellt; der neue industrielle Bourgeois, der das legitime Kind der Nep ist; der leninistische Staatsbeamte, der die kapitalistische Entwicklung als marschierenden Sozialismus idealisiert — das sind die drei großen Klassengruppen, gegen die die russische Arbeiterschaft den Klassenkampf aufnehmen muß.

Am zehnten Jahrestage steht das russische Proletariat an einem Punkt seines Kampfes um den Sozialismus, wo es aus „Disziplin" keinen Burgfrieden mit kapitalistisch orientierten Schichten geben kann, sondern nur ein entschlossenes Vorwärtsstürmen. Auf den Gräbern der Oktobererrungenschaften müssen sich die russischen Arbeiter erneut sammeln zum planmäßigen Kampf, zum revolutionären Klassenkrieg gegen die industrielle und agrarische Nepbourgeoisie leninistischer Trabanten. Es bleibt in Rußland kein anderer Weg zum Kommunismus übrig, als ein zweiter Oktoberaufstand der Proletarier. Das Schwert der revolutionären Räte abermals ergreifend, müssen die russischen Arbeiter für die letzte Schlacht rüsten mit dem Kampfruf: Die Oktoberrevolution ist tot — es lebe die neue russische Revolution!

Der „sozialistische" Aufbau

I.

Je näher der Tag des Stalinjubiläums heranrückt, desto mehr schwillt die Flut der Lügen an, mit denen man von russischer Seite versucht, die Kluft zwischen Schein und Sein zu verdecken und dem Proletariat mit einer letzten Anstrengung klar zu machen, daß das Land der Kulaken doch ein „Arbeiterparadies" sei.

Nun haben wir allerdings in der letzten Zeit mit aller Schärfe darauf hingewiesen, wie wenig die Verfolgung der Opposition mit Kerker und Kugel sowie die Anwesenheit eines riesigen Sprechchors von sogenannten „Arbeiter"delegierten sozialdemokratischer Herkunft und Ueberzeugung in Moskau zu dem angeblich „proletarischen" Charakter dieses Staates und seiner Jubiläumsfeier paßt. Solche Einwände machen die Stalinleute aber nicht stutzig in ihrer Behauptung vom „sozialistischen" Aufbau in einem Lande. Sie kommen da gleich mit einem Gebirge von statistischen Ziffern, die sie von ihren bezahlten und beamteten Statistikern zusammenschreiben lassen und durch die sich kein Arbeiter hindurchfindet, auch wenn er so geduldig wäre, wie das Papier, auf dem diese Zahlen erdacht und geschrieben wurden.

Nun kann man aber nicht immer geschickt lügen, wenn zwischen den erlogenen Behauptungen und der Wirklichkeit ein solcher Unterschied besteht wie zwischen den phantastischen Behauptungen der Stalinklique und der russischen Wirklichkeit. Es ergeben sich dann Tatsachen und es erfolgen Eingeständnisse, die die Wahrheit blitzartig ans Licht bringen. Auf diese gilt es immer wieder zurückzugreifen, um die Fälscher der Wahrheit in Flagranti zu ertappen und endgültig zu entlarven. Wir wollen zur Jubiläumsfeier einiges in diesem Sinne beisteuern.

II.

Zunächst ein Faktum der Stalinschen Außenpolitik: der russisch-persische Vertrag. Wir erwähnten diesen Vertrag bereits als bemerkenswert wegen der in ihm enthaltenen völligen Preisgabe des Außenhandelsmonopols. Wir kennen jetzt den Wortlaut dieses Vertrages und seine näheren Bestimmungen. Wir geben einiges daraus wieder. Der Leser wird darnach erkennen, daß die Dinge noch schlimmer liegen, als wir ursprünglich annahmen.

Es heißt dort in dem Vertrage:

„Die Zentralexekution der Sowjetunion und Seine Kaiserliche Hoheit, der Schah von Persien, haben erkannt, daß den Interessen der beiden vertragschließenden Teile genaue Bedingungen entsprechen, die zur Festigung dauerhafter und normaler Beziehungen und Verbindung durch aufrichtige Freundschaft geeignet sind.

Im Vertrage selbst wird, wie schon erwähnt, das Außenhandelsmonopol aufgehoben, indem Persien nicht nur der freie Transit seines Exports sowie seines Imports aus dritten Ländern auf dem Wege durch Rußland zugestanden, sondern darüber hinaus auch die Einfuhr persischer Erzeugnisse nach Rußland zu erleichterten Bedingungen zugestanden wird.

Dann aber heißt es:

Artikel 3.

Jeder der vertragschließenden Teile verpflichtet sich, weder tatsächlich, noch formell an politischen Bündnissen oder Abkommen teilzunehmen, welche gegen die Sicherheit des andern vertragschließenden Teiles zu Lande oder zu Wasser sowie gegen seine Unversehrtheit, Unabhängigkeit oder Souveränität gerichtet sind. Außerdem verpflichtet beide vertragschließenden Teile auf die Teilnahme an einem Wirtschaftsboykott oder einer Blockade, die von dritten Mächten gegen eine von ihnen organisiert wird.

Artikel 4.

In Anbetracht der Verpflichtungen aus Artikel 4 und 5 des Vertrages vom 26. Februar 1921 wird jeder der vertragschließenden Teile, in der Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten des Partners nicht einzumischen und keine Propaganda oder Kampf gegen die Regierung des Partners zu führen, seinen Beamten jeartige Wirksamkeit auf dem Ge-

biete des Vertragspartners streng verbieten. **Wenn die Bürger des einen Vertragspartners, die sich auf dem Territorium des andern Vertxragspartners befinden, Propaganda oder Kampf betreiben, die durch die Behörden dieses Partners verboten sind, so hat die Regierung dieses Gebietes das Recht, die Betätigung dieser Bürger zu beenden und die gegebenen Strafen anzuwenden.**

In gleicher Weise verpflichten sich beide Partner kraft der obengenannten Artikel, auf ihrem Gebiete nach Zugehörigkeit, Bildung und Betätigung weder zu unterstützen noch zuzulassen:

1. Organisationen oder Gruppen jeglicher Benennung, die sich zum Ziel den Kampf gegen die Regierung des anderen Vertragspartners durch Gewaltmittel, Aufstände oder Attentate setzen;
2. Organisationen oder Gruppen, die sich die Rolle einer Regierung des anderen Vertragspartners oder eines Teiles seines Territoriums zuschreiben, oder sich den Kampf mit obengenannten Mitteln gegen die Regierung des anderen Vertragspartners, den Bruch des Friedens und der Sicherheit, oder den Anschlag auf die Unversehrheit seines Gebietes zum Ziel setzen.

Ausgehend von den oben angeführten Grundsätzen, verpflichten sich beide Partner in gleicher Weise zum Verbot der Anwerbung ebenso wie der Ueberführung bewaffneter Streitkräfte, Munition und sonstiger Kriegsvorräte, die für obengenannte Organisationen bestimmt sind."

Artikel 5.

Beide Vertragspartner verpflichten sich, sämtliche Unstimmigkeiten, welche zwischen ihnen entstehen könnten, und die nicht auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege beigelegt werden können, durch friedliche Mittel, die dem Moment entsprechen, zu regeln.

Beigegeben wird dem Vertrag folgende Erklärung:

Protokoll Nr. 1.

Der Volkskommissar Tschitscherin und der stellvertretende Volkskommissar Karachan erklären, daß sie von der Regierung der Sowjet-Union beauftragt sind, im Augenblick der Unterzeichnung des Garantie- und Neutralitätsvertrages zwischen der Sowjet-Union und Persien vom 1. Oktober zu erklären, daß die Regierung der Sowjet-Union keinerlei internationale Verpflichtungen eingegangen ist, die dem gegenwärtigen Vertrag widersprechen, und desgleichen, daß während der Gültigkeit dieses Vertrages keinerlei derartige Verpflichtungen übernommen werden. Der persische Außenminister gibt namens der persischen Regierung die gleiche Erklärung ab."

Der persische Außenminister schrieb an Tschitscherin nach Abschluß des Vertrages einen Brief, worin neben dem üblichen Schmus der „Erfüllung des Vertrages" dann mitteilt:

„... **soweit die persiche Regierung erachtet, daß die obengenannten Verpflichtungen nicht den Verpflichtungen der persischen Regierung gegenüber dem Völkerbund widersprechen.** Die persische Regierung erklärt der Regierung der Sowjet-Union, daß die persische Regierung auch alle ihre Verpflichtungen als **Mitglied des Völkerbundes achten und erfüllen wird.**"

Der Vertrag, der am 1. Oktober abgeschlossen wurde, beruht also nicht einmal auf Gegenseitigkeit. Persien wird trotz aller Freundschaftsbeteuerungen jedem Befehl des Völkerbundes gehorchen.

Darüber hinaus charakterisiert der Vertrag auch das Verhältnis Rußlands zum Völkerbund. Wenn man die Verpflichtungen seiner bürgerlichen Vertragspartner gegenüber dem Völkerbund anerkennt, verpflichtet man sich diesem gegenüber auch selber zu mindestens mittelbar.

Damit ist auch die blöde Beteuerung der Tschitscherin und Konsorten entlarvt, als ginge man zur Genfer Abrüstungskonferenz des Völkerbundes nur, um diesen zu entlarven.

Da Rußland auch mit anderen Staaten, so in den letzten Tagen mit Lettland einen ähnlichen Vertrag abschloß — auch hier wurde das Außenhandelsmonopol preisgegeben — so ist klar, daß Rußland auf dem Wege der Praxis — und auf diese kommt es an — schon längst zum Mitglied des Völkerbundes und der kapitalistischen Gesellschaft geworden ist.

Allein schon die Verpflichtung, die revolutionäre Bewegung in den befreundeten kapitalistischen Ländern nicht zu unterstützen, hier liegt auch die tiefere Ursache des bolschewistischen Verrats in Litauen, bedeutet die völlige Eingliederung Rußlands in das kapitalistische System.

III.

Ein anderes sehr interessantes Dokument hat auf die Innenpolitik Stalins und seinem „sozialistischen Aufbau" in Rußland selbst Bezug. Es ist dies ein Artikel des ehemaligen Menschewisten und jetzigen begeisterten Leninisten Martynow in der „Kommunistischen Internationale" vom 26. Oktober 1927. In diesem Artikel polemisiert Martynow gegen die ökonomische Plattform einiger Oppositionellen. Und hierbei entschlüpfen ihm interessante Geständnisse. Wir wissen, daß eines der schwierigsten Probleme des kapitalistischen Aufbaus in Rußland die Frage der Arbeitslosen ist. Der Volkskommissar Knibischew bezifferte ihre Anzahl für diesen Winter auf **8 Millionen.**

Wie denkt sich Martynow deren Aufsaugung durch die Produktion? Er schreibt:

„Die Zahl der Arbeiter in der Großindustrie der U. d. S. S. R. erhöhte sich in drei Jahren, von 1923-24 bis 1926-27 um 58,4 Prozent. In der beginnenden Neuaufbauperiode ist das Tempo des Anwachsens der Zahl der Arbeiter allerdings niedriger, es erscheint im Vergleich zur Wiederherstellungsperiode verlangsamt. Wenn in den letzten drei Jahren die Zahl der Arbeiter in der Industrie jährlich im Durchschnitt um 16 Prozent gestiegen ist, **so wird für das folgende Jahrfünft der jährliche Zuwachs mit 3 Prozent angenommen,**" das heißt, die Arbeitslosigkeit ist in Rußland unheilbar und zeigt ferner, daß die russische Regierung an eine Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie sie im Munde führt, gar nicht denkt.

Martynow gibt die Unlösbarkeit der Frage auch offen zu. Er schreibt:

„Nur auf einem Gebiet ist es der Sowjetmacht noch nicht gelungen, auf dem Wege der planmäßigen Einmischung in das ökonomische Leben eine klaffende Disproportion zu beseitigen. **Wir sprechen hier von der Arbeitslosigkeit. Sie wächst in der U. d. S. S. R. von Jahr zu Jahr. Im Oktober 1924 gab es 920 000 Arbeitslose, am 1. Oktober 1926 1 070 000, im April 1927 1 478 000 . . . im Juni 1927 1 363 000** auch diese Ziffer sind erlogen, wie die viel höheren Ziffern Knibeschews erweisen d. Red.) **Die Arbeitslosigkeit ist ein ungeheures Uebel im ökonomischen Leben der U. d. S. S. R.** Hauptquelle der Arbeitslosigkei in der U. d. S. S. R. ist **die kolossale Uebervölkerung** (d. Red.) des russischen Dorfes, das in den Jahren 1925-26 nicht weniger **als 3,2 Millionen Bauern hinausgedrängt** hat (Knibischew spricht für 1927-28 von **8 Millionen.**)

Und diese ungeheure Abstoßung von Millionen Proletariern ins Elend geht vor sich, während die eigentlichen Bauern — der Kulak eingeschlossen — sich nach den Angaben Martynows eines steigenden Wohlstandes erfreuen. Er schreibt:

„In der gegenwärtigen Zeit beobachten wir eine gleichmäßige Hebung der Wirtschaft sowohl des armen (?) als auch **des Mittelbauern und der Kulakenschicht. Der Kulak kräftigt sich** auf Kosten eines bestimmten Teils der Mittelbauernschicht (und die Millionen und Abermillionen verstoßenen Dorfproletarier, Herr Martynow? d. Red.), **aber gleichzeitige kräftigt sich der Mittelbauer auf Kosten der Dorfarmut.**"

Und auch ein kräftig Wörtlein zu den Löhnen der Industriearbeiter weiß Herr Martynow zu sagen: **„Allerdings denkt niemand daran,"** so meint er, **„abzustreiten, daß der Arbeitslohn in der U. d. S. S. R. noch ein Bettel ist. Es ist unbestreitbar, daß der Arbeitslohn in der U. d. S. S. R. vorläufig noch sehr karg ist" (aber die Kulaken bereichern sich, Herr Martynow, d. Red.)** Wenn der Arbeitstag in der U. d. S. S. R. kürzer ist (? d. Red.), als in allen kapitalistischen Ländern, so ist **der Arbeitslohn hier noch bedeutend niedriger als in den vorgeschrittenen kapitalistischen Industrieländern . . . Das Lebensniveau der Arbeiter ist noch kümmerlich. . . . Es ist notwendig, die Arbeitslosigkeit und die äußerst große Wohnungsnot zu „lindern".** Was bleibt da von dem Paradies noch übrig? Es ist der eingestandene völlige Bankerott. Wenn die KAP. das alles sagt, denn ist es konterrevolutionär. Vielleicht denken die KPD.-Arbeiter über die hier angeführten Tatsachen ein wenig nach. Vielleicht werden sie dann recht bald aus ihrem Jubiläumsrausch erwachen.

Politische Rundschau

Ordnung muß sein!

Der „Strafrechtsausschuß" des Reichstages hatte beschlossen, die Todesstrafe als unzertrennbar mit dem bürgerlichen Fortschritt beizubehalten. Die Sozialdemokratie stand auch hier in Opposition, weil sie aus den Regierungskrippen ausgeschaltet ist. Anläßlich der Verabschiedung des „Gesetzes zum Schutz der Republik", mit dessen Hilfe Tausende von Proletariern in den Kerkern dieser Republik vernichtet wurden, stimmte natürlich auch die Sozialdemokratie für die Todesstrafe; es ist ein Unterschied, ob eine Partei selbst am Ministerleiden und -freuden teilnimmt, oder ob sie in „Opposition" steht.

Das Proletariat muß den Streit über die „Humanität", die in der Aufhebung der Todesstrafe liegen soll, den Herren überlassen, die auch nach Aufhebung derselben die politischen Gefangenen der proletarischen Klasse in den Kerkern dieser Republik langsam, sicher und grausam zu Tode quälen, und es so in der Hand haben, jeden, auch ohne das die „Todesstrafe" „gesetzlich verankert" ist, einer Todesstrafe zu unterwerfen, viel grausamer ist, wie ein Ende mit Schrecken. Ganz davon abgesehen, daß im Falle einer Rebellion des zur Verzweiflung getriebenen Proletariers nach „Herzenslust auf der Flucht", oder wegen „Widerstandes" erschossen werden kann, ja selbst schon der der entgegen dem Willen des Noske „weitergeht". Es bleibt höchstens die „Humanität" gegen die „gemeinen Verbrecher. Und hier braucht die bürgerliche Ordnung eben ein „Abschreckungsmittel". Den Sumpf von Hunger, Syphilis, Sadismus und Perversität, die Kloake, aus der der Reichtum der „kultivierten" Bourgeoisie emporwächst, kann die Bourgeoisie nicht trocken legen, ohne selbst an den Grundpfeilern ihrer eigenen Herrschaft zu rütteln. Da bleibt denn nichts anderes übrig, als einigen Opfern der von „Gott gewollten Ordnung" von Zeit zu Zeit den Kopf abzuschlagen, damit eben „Recht" Recht bleibe, und etwas für das Bedürfnis der moralischen Entrüstung, für das „Gewissen" da ist. Viele von denen, die „abgeschreckt" werden sollen, hauen in ihrer Verzweiflung schon so wie so nicht einen anderen vor den Schädel, sondern vollstrecken die „Todesstrafe" an sich selbst, weil sie vor Qualen nicht warten können auf „Gottes unerforschlichen Ratschluß." Da ja im Prinzip ein Mensch soviel wert ist, wie der andere, ist es doch an sich schon ein Fortschritt, daß der Selbstmord nicht bestraft wird. Aber vielleicht erleben wir es noch, daß man, um der Selbstmordepidemie zu begegnen, „abschreckende" Strafen gegen ihn verhängt. Der Blödheit einer satten Bourgeoisie ist alles zuzutrauen.

Revolutionärer Parlamentarismus in der Praxis

In der „Roten Fahne" vom 2. November unterrichtet eine eigene Meldung der KPD. aus Hamburg über den Schacher im Bürgerschaftspräsidium. Wir lesen dort:

„In der heutigen Sitzung des Aeltestenausschusses stellte die KPD. die Forderungen auf, und um der SPD.-Fraktion die Ausrede zu nehmen, daß der kommunistische Vizepräsident die Geschäftsordnung nicht einhalten werde, gab die KPD. folgende Erklärung ab:

„**Der kommunistische Vizepräsident wird im Rahmen der Geschäftsordnung** seine Funktionen aufnehmen. Die kommunistische Fraktion behält sich jedoch vor, Abänderungen in der Geschäftsordnung zu beantragen. **Der kommunistische Vizepräsident wird die Repräsentationspflicht ausüben,** soweit dieselbe mit den Interessen der werktätigen Massen in Einklang steht."

Hier ist die Geschäftsordnung des kapitalistischen Parlaments also 100prozentig anerkannt. Denn „Abänderungsanträge" stellen kann trotzdem jeder parlamentarische Hausdampf, ohne dabei an den Ludergeruch der Revolution zu erinnern. Was die KPD. unter „Repräsentationspflichten, die im Einklang mit den Interessen der werktätigen Massen stehen" versteht, bleibt ihr Geheimnis, wenn man nicht annehmen soll, daß die von der KPD. geschickten Delegationen verlangen, muß es Delegationen der Bourgeoisie geben, denen gegenüber die Repräsentationspflicht im Interesse des Proletariats gelegen ist. Bei Gott und den Leninisten ist kein Ding unmöglich.

•

Die „Rote Fahne" vom 3. November bringt folgende Meldung:

Vorstandswahl der Hamburger Bürgerschaft.

Ein Kommunist als erster Vizepräsident!

TU. **Hamburg,** 2. November. Die Bürgerschaft wählte in ihrer heutigen konstituierenden Sitzung den bisherigen Präsidenten Roß (Sozialdemokrat) fast einstimmig wieder. **Als erster Vizepräsident wurde mit den Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten der kommunistische Abgeordnete Gundelach,** als zweiter Vizepräsident mit den Stimmen der Sozialdemokraten (!) und Deutschnationalen **der deutschnationale Abgeordnete von Dassel gewählt. Die vier Schriftführer wurden aus den Reihen der Sozialdemokraten gewählt.**

Tags darauf, am 4. November, lesen wir über dasselbe Thema in der „Roten Fahne", daß die KPD.-Fraktion bereits wieder ein neues Mißtrauensvotum eingebracht hat, und in der Hauptsache gegen die Wahl eines Deutschnationalen protestiert. Der sozialdemokratische Präsident Roß hat aber diese Erklärung unter den Tisch fallen lassen. Er weiß, daß diese Kasper, die im trauten Verein mit Deutschnationalen und Sozialdemokraten im Vorstand der „Hamburger Bürgerschaft" sitzen und gegen sich selbst ein Mißtrauensvotum beschließen, dem Fluch der Lächerlichkeit bereits so weit verfallen sind, daß man sie nicht mehr ernst nehmen braucht. So unterstützt die KPD. mit ihrer Ideolie des „revolutionären Parlamentarismus" die SPD. eben auf ihre Weise. Der Arbeiter, der hier noch nicht merkt, was die Glocke geschlagen hat, muß wahrhaftig mit Blindheit geschlagen sein.

Der „Sieg" in Mitteldeutschland

Die Unterzeichneten, an dem mitteldeutschen Braunkohlentarif beteiligten Gewerkschaften haben den folgenden Aufruf an die Bergarbeiter gerichtet:

„Eine Anzahl Braunkohlengruben hält sich nicht an die zwischen dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften getroffene Vereinbarung über die Wiedereinstellung aller Braunkohlenarbeiter. Es kommen in Betracht das Forster, Niederlausitzer und das Frankfurter (Oder) Revier. Der Arbeitgeberverband erklärt uns, seine Mitglieder zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen angehalten zu haben.

Eine Anzahl Kameraden ist aber auf den nachstehenden Werken nicht wieder eingestellt worden: Renate, Anna-Mathilde, Marga und Erika von der Ilse-Bergbau A.-G.; Klara, Henriette, Werminghoff und Ferdinand von der Eintracht; Viktoria 2, Viktoria 3, Anna 1, 2, 3, Sägewerk, Alwine, Heye 1 und 2, Heye 3, Felix, Mariannenglück und Pfännerschaft von den Niederlausitzer Kohlenwerken; Meurostollen, Elisabethglück, Kronprinz Friedrich Ferdinand, Konrad, Theresia, Robertsegen, Emilienglück, Am nassen Fleck von den Neuen Senftenberger Kohlenwerken. Nach diesen Gruben ist jeglicher Zuzug streng fernzuhalten. — Die Geschäftsstellen der am Tarifvertrag beteiligten Organisationen werden ersucht, diesen Aufruf in allen in Frage kommenden Arbeiterkreisen bekanntzugeben. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten."

Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands. Gewerkverein Hirsch-Duncker. Deutscher Metallarbeiterverband. Deutscher Fabrikarbeiterverband. Verband der Maschinisten und Heizer Deutschlands.

So sieht in Wirklichkeit der „Sieg" aus, von dem man so laut schrie — um die Kumpels so rasch wie möglich wieder in die Gruben zu bringen. Der Aufruf ist natürlich eben so „ehrlich" wie das Geschrei über den „Sieg". An der Ausmerzung der radikalen Elemente haben Gewerkschaften und Grubenbarone ein übereinstimmendes Interesse. Man läßt einen Aufruf los, der den Bergherren nicht schadet, den Gemaßregelten nichts nützt, und tut so auch hier seine „Pflicht". Die Hauptsache ist doch, daß die Kumpels wieder im Joch liegen und man eine Weile seine Ruhe hat. — So lange die Arbeiterklasse ihre Geschicke den Gewerkschaften anvertraut, wird sie natürlich nie ihre Kampfkraft in die Wagschale werfen können. Das kann sie nur, wenn sie den Weg zur Klassenorganisation, der AAU., findet, und nach deren Prinzipien kämpft.

Moskaus außenpolitische Kapitulation

Der Gang nach Canossa

Nun hat die Moskauer Regierung sich entschlossen, den „imperialistischen Räubern," wie die III. Internationale so stark betont, die **pazifistischen** Flötentöne beizubringen. Eine Notwendigkeit, sagt man, sei diese „Entlarvung" auf der „Abrüstungskonferenz" des Völkerbundes. Es leuchtet eigentlich nicht recht ein, warum Moskau diese „Notwendigkeit" so spät entdeckt, und damit eingesteht, daß es bisher dies nicht getan. Es mußten also wohl außer der verdammten KAPD.-Ideologie noch andere „Kinderkrankheiten" überwunden werden, ehe man zu dieser „revolutionären Realpolitik" kommen konnte, die man gerade jetzt offen proklamiert, wo, gerade als wolle man davon möglichst stark ablenken, in Rußland selbst alle Register gezogen werden zur Feier des 10 jährigen Bestehens des „Arbeiterstaates."

Man muß diese Tatsache immer wieder betonen, weil die III. Internaionale darauf spekuliert, daß ihre eigenen Anhänger diese offene Demaskierung nicht merken. Moskau hat an den Konferenzen des Völkerbundes vor der Weltwirtschaftskonferenz nicht teilgenommen, und hat für diese Nichtteilnahme sehr treffende prinzipielle Gründe ins Feld geführt. Es führt heute ebenso „treffende" Gründe für seine Teilnahme an.

Aber auch diese Feststellung ist nicht die ganze Wahrheit. Schon in den letzten Jahren waren die Gründe, die Moskau für die Sabotage dieses Völkerbundes ins Feld führte, nur vorgeschoben. Die wirklichen Gründe für die Nichtteilnahme waren keine Gründe, die sich auf das marxistisch-revolutionäre Prinzip stützten, sondern entsprangen rein nationalistischen Interessen. Die vorgeschobenen Gründe sollten lediglich dazu dienen, das Proletariat irre zu führen.

Die deutsche Bourgeoisie ging bekanntlich mit der Ablehnung des Völkerbundes lange Zeit mit Moskau konform. Kein Mensch ist jedoch auf den Gedanken gekommen, der deutschen Bourgeoisie, infolge ihrer scheinbaren Ablehnung des Völkerbundes, irgend welche revolutionären Eigenschaften anzudichten. Die Ablehnung des deutschen Kapitals entsprach seiner Kampfstellung nach dem verlorenen Krieg, wenn ihm auch vorerst die Tore überhaupt verschlossen blieben. Die Kehrseite dieser Kampfstellung war das Bündnis mit Rußland, was der Rapollo-Vertrag, später der Berliner Vertrag und in Konsequenz dieses Bündnisses der geheime Militärvertrag, der die Unterlage für die Bewaffnung der Reichswehr war. Erst als das deutsche Kapital sich wieder stark genug fühlte, als es infolge seiner ganz anderen Rolle, die durch die Verschiebung des Kräfteverhältnisses bedingt war, auf seine Gleichberechtigung pochen konnte, ist es von der „Entlarvung" zur „positiven Mitarbeit" übergegangen. Vor jeder Völkerbundskonferenz weilte Tschitscherin „zufällig" in Deutschland, und hat sich mit seinem Freund Stresemann unterhalten. Und diesen Weg des deutschen Kapitals geht auch die russische Regierung. Schon die „Weltwirtschaftskonferenz" hat bewiesen, wie so ganz real, praktisch, nüchtern die russischen Regierer denken. Sie wollen im Prinzip weiter nichts, als die Anerkennung „zweier verschiedener Systeme," das kapitalistische und das „Sowjetsystem," wobei sie natürlich Rußland meinen. Sie selbst erkennen damit den Kapitalismus ausdrücklich an, und ihre „Entlarvung" erschöpfte sich in dem Beweis, daß man, wenn man diesem Sowjetsystem Kredite gäbe, ein sehr gutes Geschäft machen könne. Auch ist bekannt, daß sie in der Frage der Schutzzölle diese für „unentwickelte" Länder rechtfertigen.

Diese Teilnahme entsprang nicht einer bestimmten Taktik im revolutionären Sinne, sondern **ökonomischen Interessen.** Wenn Rußland heute an der „Abrüstungskonferenz" teilnimmt, so nicht aus Gründen der „Entlarvung" im revolutionären Sinne, sondern aus denselben Gründen, aus denen jeder andere kapitalistische Staat teilnimmt. Wer kennt nicht den „Pazifismus" der deutschen Bourgeoisie, die sich immer wieder auf das „kleine" deutsche Heer und Flotte beruft, und auf die „Unehrlichkeit" der anderen verweist, die nicht ab-, sondern aufrüsten. Diese „Entlarvung" führen alle jene Staaten durch, die infolge ihrer ökonomischen und militärischen Schwäche die Abrüstung des andern verlangen. Ihr Pazifismus ist der Ausdruck ihrer Ohnmacht, nicht ihr Prinzip. Sie sind jedoch gegen das Proletariat genau so reaktionär, wie ihre mächtigen Rivalen. Der Pazifismus Moskaus, der nun in vielen Friedensmanifesten formuliert wird, ist die Absage von dem Kampf gegen den Imperialismus. Wie Moskau auf der Weltwirtschaftskonferenz die „Anerkennung zweier Systeme" forderte, so wird es auf der Abrüstungskonferenz die Respektierung des gegebenen Kräfteverhältnisses fordern. Es wird „Garantien" für den Frieden verlangen, und diese Garantie läuft notwendig darauf hinaus, daß es den Imperialismus und seinen Militarismus anerkennt. Es muß in dieselbe Kerbe hauen, den Krieg als „Verbrechen" bezeichnen, und damit die Illusion im Proletariat erwecken, daß der Krieg im Kapitalismus vermeidlich ist. Damit wird auch der revolutionäre Krieg, die Revolution, zum Verbrechen gestempelt. An die Stelle der Betonung des revolutionären Kampfes und Krieges gegen den Kapitalismus tritt die Phrase vom „Frieden" und „Abrüstung."

In einem Bericht der „Roten Fahne" vom 3. November über einen Kongreß der Bäuerinnen findet sich in sehr prägnanter Form die Erklärung für diese „Friedenspolitik." Dort sagte eine Delegierte, daß der Friede durch Anerkennung der Zarenschulden nicht zu teuer erkauft sei. Hieraus ist mit genügender Klarheit ersichtlich, daß Rußland den Krieg zu verhindern sucht auf dem Wege der offenen Kapitulation vor dem Weltkapitalismus. Es wird auf der „Abrüstungskonferenz" immer von neuem betonen, daß es den **Frieden** mit dem Kapital um **jeden Preis** will, weil es sich außerstande fühlt, selbst einen **nationalistischen** Krieg zu führen. Es bleibt nur noch die Frage zu beantworten, welcher Unterschied darin besteht, an den Konferenzen des Völkerbundes teilzunehmen, und die Teilnahme an dem Völkerbund selbst abzulehnen. In Wirklichkeit besteht natürlich **kein** Unterschied. Wenn demnach Moskau nicht den Völkerbund selbst „entlarvt," so deswegen, weil damit der Opposition neues Wasser auf die Mühle gegossen würde. Es ist ganz klar, daß der Weg der Einreihung in die kapitalistische Front Zug um Zug geht. Moskau möchte nicht früher seinen letzten Stützpunkt im Proletariat verlieren, ehe es nicht seine Position im Völkerbund selbst genügend gefestigt hat.

Das revolutionäre Proletariat sieht in dieser Entwicklung nur die Konsequenz des kapitalistischen Aufbaues im Innern. Die Bauern und Bourgeoisie wollen keine proletarische Revolution, sondern den „Frieden." Sie wollen mit ihren Erzeugnissen hinaus auf den Weltmarkt, und im freien Spiel der Kräfte die Parole Bucharins verwirklichen: „Bereichert Euch!" Der Weg dazu ist die wirtschaftliche und politische Verständigung mit dem Kapital, das natürlich den Kampf um nationale Interessen nicht ausschließt. Die Politik und Taktik zur Vertretung nationalistischer Interessen ist die Demagogie des „Pazifismus" aus „Vernunft," in diesem Falle noch der Versuch, die Politik in radikale revolutionäre Phrasen zu kleiden. Diese Demagogie zu entlarven, ist Aufgabe des revolutionären Proletariats, daß gerade in dieser offenen Schwenkung Moskaus nach Genf erkennen muß, daß der Kampf gegen den Kapitalismus nicht nur ein Kampf gegen die Amsterdamer und II. Internationale sein muß, sondern auch ein Kampf gegen Moskau, und für den revolutionären Marxismus, wie ihn die KAPD. auf ihr Programm geschrieben hat.

Die Eiserne Ferse*)

„Wenn sie ihre gepriesenen starken Hände nach unseren Palästen und unserer purpurnen Herrlichkeit ausstrecken, dann wollen wir ihnen zeigen, was Kraft ist. Im Gebrüll von Granaten und Schrapnells und im Geknatter von Maschinengewehren wird unsere Antwort liegen. Wir werden die Revolutionäre unter unserer Ferse zerdrücken, und wir werden über ihre Körper schreiten. Die Welt gehört uns, wir sind ihre Herren, und unser soll sie bleiben. Was das Heer der Arbeit betrifft, so sage ich, daß es auf dem Boden gelegen hat seit Beginn der Geschichte, und ich lese die Geschichte recht. Und auf dem Boden soll es bleiben, so lange ich und die meinigen und unsere Nachkommen die Macht haben. Das ist das Wort, es ist der König der Wörter — Macht! Nicht Gott, nicht Gold, aber Macht. Gießen sie es über ihre Zunge, bis sie davon prickelt! Macht!"

•

Jack Londons „Eiserne Ferse", vor mehr als zwei Jahrzehnten geschrieben, beansprucht nicht prophetische Benennungen, obwohl das Werk heute die aktuellste Schilderung politisch-wirtschaftlicher Gegenwart und ihrer weiteren Entwicklungstendenz ist. Wie die wissenschaftliche Leistung Karl Marx nicht durch Phantasie, sondern durch ernsteste Denkarbeit auf dem Boden der Wirklichkeit ihren dauernden Wert erhielt, so wurzelt der bleibende Erfolg der „Eisernen Ferse" im wissenschaftlichen Ernst, mit dem Jack London die Marxschen Theorien belletristisch verarbeitete, so popularisierte. Schon deshalb ist dies der beste soziale Roman und nur der Marxist, der Revolutionär London, konnte ihn schreiben.

Die Marxschen Lehren sind nicht mehr theoretisch zu überprüfen, seit mehr als einem halben Jahrhundert beweisen sie sich selbst durch ihre Anwendung. Ihre allumfassende Größe gestattet das Eindringen in die Vergangenheit, gibt Klarheit über gegenwärtige Aufgaben und zeigt mit „mathematischer Genauigkeit", wie Jack London sagt, das Bild der nächsten Zukunft in ökonomisch-politischer Bedeutung.

Jack London verstand es, mit den marxistischen Waffen umzugehen. Die „Eiserne Ferse" agitiert und ein Stück revolutionärer Praxis ist es, die Arbeiter in den Bannkreis ihrer Propaganda zu bringen, dem Buche Leser zuzuführen. Es ist beliebt, die Kraft der Theorie zu unterschätzen, schon Feuerbach mußte in einem Brief an Ruge die Ignoranten wie folgt abtun: „Was ist Theorie, was Praxis? Worin besteht ihr Unterschied? Theoretisch ist, was nur noch in meinem Kopfe steckt, praktisch, was in vielen Köpfen spukt. Was viele Köpfe eint, macht Masse, macht sich breit und damit Platz in der Welt." Karl Marx vervollständigt diese Sätze in einer seiner früheren Arbeiten und faßt als Extrakt zusammen: „Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie radikal ist." Die Theorie zur Tat zu machen, war das Ziel des konsequenten Arbeiterführers und Schriftstellers Jack London und die „Eiserne Ferse" ist mit ein Teil seiner revolutionären Praxis. Ihre Kritik gilt nicht allein der kapitalistischen Gesellschaft, sondern erstreckt sich auch auf die Waffen der Revolution selbst. Nirgends als in ihr sind die Dinge so einfach genannt, daß sie in jedes Hirn zu dringen vermögen; löffelweise wird das marxistische Elixier ausgeschenkt, niemand wird betrunken, aber allen gehen die Augen auf. Die „Eiserne Ferse" ist radikal.

Unnötig ist es, Jack London zu schildern, er lebt, da seine Leistung lebt. Er hat einen Ehrenplatz am erhabensten Ort, den die Menschengeschichte kennt: im großen Herzen des Proletariats. Sein Werk bleibt Bestandteil der proletarischen Schöpfung.

Die „Eiserne Ferse" verlangt keine dichterische Bewertung, obwohl sie ein Kunstwerk ist, wie es nur wenige in der Weltliteratur gibt. Die visionären Schilderungen der „Chicagoer Kommune" besitzen eine gewaltige, schriftstellerische Kraft. Jedoch, die Kritik der Formen ist lächerliches Beginnen, wenn die Gewalt des Inhalts alles überstrahlt. Fern philosophischer Scholastik ist Wahrheit noch immer, was sich beweisen läßt; so gibt es keine Polemik gegen die „Eiserne Ferse", oder sie wäre geschwätzige Lüge. Der Einfluß Nietzscheschen Kraftmenschentums, das spätere Abgleiten des Dichters in visionäre Phantasie sind Nebensachen, die herauszugreifen, das schäbigste an Kritik wäre. Das wesentliche aber dieser Schrift ist die unanfechtbare Erkenntnis der wirklichen Entwicklungsfaktoren, die im Klassenkampf des Proletariats das höchste Maß an Deutlichkeit gewinnen. Vergessenen Marxforschern und störrischen Theoretikern wird London allerdings nur soweit gerecht, als er es wollte. Sein schwungvolles Leben und seine männliche Liebe schenkte er der Arbeiterklasse. Er tat, was er vermochte, so rechnet man ihn zu den Temperamenten, die in der Rubrik „Gefühlskommunisten" registriert sind, doch ist das nur eine halbe Würdigung. Es darf nicht vergessen werden, daß er ein Kämpfer war, der mehr als sein Herz in jahrelanger Arbeit für die revolutionären Organisationen Amerikas zu geben wußte. Wertvolle Menschen wie Upton Sinclair, die ohne Zweifel ihre Pflicht als Schriftsteller des Proletariats voll und ganz erfüllen, kommen doch nicht über eine rein von der Humanität bestimmte Opposition zur kapitalistischen Gesellschaft hinaus, obwohl sie sich redlich Mühe geben, ihr Schaffen wissenschaftlich-theoretisch zu fudieren. Wer wollte ihnen ihre Verdienste deswegen schmälern. Das, was sie tun konnten, war ihre ganze Aufgabe.

Der Roman soll dem Proletariat letzten Endes nichts anderes sein, als die marxistisch-wissenschaftliche Abhandlung: er soll ihn der Revolution näher bringen: nur seine Mittel sind andere und diese Mittel sind doppelt anzuerkennen. Sein Wert liegt darin, die Menschen zu erschüttern, zu begeistern; denn das ist auch ein Klären. Doch über diesen Romantypus ist Jack London weit hinausgestiegen. Er arbeitet mit beiden Methoden, mit allen Mitteln, mit Herz und Hirn, deren Dualismus im menschlichen Organismus ja auch durchaus willkürlich erscheint. Wo sich Verstand und Gefühl identifizieren, ist sicher ein ganzer Mensch zu finden, den man als Vorbild des Menschen überhaupt zeigen kann.

Die „Eiserne Ferse" ist heute Wirklichkeit. Es gab noch keine Chicagoer Kommune, aber es gab Revolten und Revolutionen. So ungeheuer blutig die „Eiserne Ferse" auch schon gewütet hat, es wird der Zukunft doch nur wie ein Geräusch erscheinen. Es sind die ersten Opfer, die wir zermalmt am Boden sehen. Die „Eiserne Ferse" ist keine amerikanische Spezialität, sie ist verkörpert in jeder Bestialität, die gegen die Emanzipation des Proletariats gerichtet ist. Ganz gleich, ob man in Indien Revolutionäre vor die Kanonen bindet, ob man Damaskus in Asche legt, ob man auf Java füseliert, oder ob man die Arbeiter des Balkans, der Türkei ausrottet; die ungarische Kommunistenmassen abschlachtet, mit 20 000 Toten Noske feiert, in Wien sozialdemokratisch und in Italien faschistisch mordet; ganz gleich, wer Granaten liefert, wo Zuchthäuser gefüllt und Stricke gedreht werden, ob in den Straßen von Schanghai oder auf den Pariser Boulevards das Blut in Strömen fließt, es entströmt den Herzen der Arbeiter, den Todfeinden der eisernen Ferse.

Die „Eiserne Ferse" wird erst zur speziellen Angelegenheit der amerikanischen Plutokratie, wenn das europäische Proletariat seine Herrschaft antritt. Und jene kaum glaubhafte, phantastische Menschenabschlachtung, die London zum Höhepunkt seines Romans bestimmte, wird ohne Zweifel von der Wirklichkeit noch übertroffen werden. Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten ist es auf allen Gebieten. Mit riesigen Schritten geht es nach dem imperialistischen Gemetzel diesen größeren Auseinandersetzungen entgegen.

Eine Chicagoer Zeitung warf vor einiger Zeit die Frage auf, was im Falle einer siegreichen europäischen Arbeiterrevolution für Amerika notwendig würde, und die gleichzeitig gegebene Antwort war durchaus dasselbe, was Jack London die Bourgeoisie in der „Eisernen Ferse" sprechen läßt, deren konsequenteste Aeußerung dieser Besprechung als Motto dient. Die Plutokratie wird gegen die Revolution marschieren; doch um dies zu können, muß sie erst die revolutionären Kräfte im eigenen Country zertreten. Das ist der Tag der Chicagoer Kommune. „Das Volk des Abgrundes" wird dann auch in den U.S.A. Millionen zählen und wird vorwärts stürmen, gigantisch wie die Stadt, die sie bauten, um nicht auf ihren Friedhöfen verscharrt zu werden. Es wird sich schlagen mit der berechtigten Macht seines Hasses und seiner Verachtung, tierisch erscheinend und doch die höchste Tat der Menschheit damit vollbringend; und kein Objekt kapitalistischer oder kommunistischer „Generalstäbler" sein, sondern geführt und formiert vom klassenbewußten und schöpferischen Teil des Proletariats. Vielleicht wird es unterliegen, einmal, mehrere Male, doch zuletzt wird es triumphieren.

Jack Londons Roman bricht mitten im Satz ab. Das letzte Wort ist nicht gesprochen; es ist die siegende Revolution, die der Klassengesellschaft für immer das Genick bricht. Bis dahin gilt die Antwort, die Jack London der Bourgeoisie gibt:

„— — — an dem Tage, sage ich, werden wir ihnen antworten; und im Gebrüll von Granaten und Schrapnells und im Geknatter der Maschinengewehre soll unsere Antwort liegen. Sie können uns nicht entkommen. — — — Es ist wahr, solange Sie und die Ihrigen die Macht haben, wird der Arbeiter am Boden liegen. — — — Macht wird Herr sein, wie sie immer Herr gewesen ist. Es ist ein Kampf, Klasse gegen Klasse. — — — Einerlei, ob in einem Jahre, oder in zehn oder in tausend. Ihre Klasse wird niedergeworfen werden. Und es soll durch Macht geschehen. Wir Arbeiter haben dieses Wort gelernt, bis alle unsere Sinne davon widerhallten. Macht! Es ist ein königliches Wort!"

Diese Gewißheit ist Jack London unerschütterlich. Den zweifelnden Stimmen, die durch die verräterische Verbindung der Gewerkschaften mit der herrschenden Klasse ihren Mut verlieren, sagt er: „Einer unserer Lehrsätze sagt, daß jedes System, das auf Klassen und Kasten aufgebaut ist, den Keim seines Zerfalls schon von Anbeginn in sich trägt."

Die Qualität der „Eisernen Ferse" zu demonstrieren, soll hier ihr Inhalt knapp skizziert werden. Jack London stellt einen ganzen Kerl und Revolutionär, dessen Leben kompromißlos-kämpferisch verläuft und für die Revolution infolgedessen auch geopfert wird, in die Handlung. Er stellt ihn den Vertretern der anderen Klassen gegenüber und erledigt Letztere damit vollständig. Eine vernichtende Kritik der bürgerlichen Gesellschaft in all ihren Erscheinungen hat hunderte solcher prachtvollen Sätze wie folgenden: „Wenn die Produktionskraft des modernen Menschen tausendmal größer ist als die des Höhlenbewohners, warum gibt es dann heute in den Vereinigten Staaten 15 Millionen Menschen, die keine genügende Wohnung und keine hinreichende Nahrung haben? Warum arbeiten denn heute in den Vereinigten Staaten 3 Millionen Kinder?" Meine Anklage ist berechtigt. Die kapitalistische Klasse hat falsch gewirtschaftet. Angesichts der Tatsache, daß der moderne Mensch im Verhältnis zum Höhlenbewohner armseliger lebt, ist keine andere Schlußfolgerung möglich, als die, daß sie eine verbrecherische und selbstsüchtige Wirtschaft geführt haben. — — — Sie haben aus der Zivilasition ein Schlachthaus gemacht. — — — Sie sind, ohne zu erröten in den Hallen der gesetzgebenden Körperschaft aufgestanden und haben erklärt, daß ohne die Arbeit von Kindern ein Gewinn unmöglich sei. Sie haben ihr Gewissen beschwichtigt mit Phrasen über schöne Ideale und herrliche Moralitäten." — — —

Wohl nirgends als in der „Eisernen Ferse" und in Gorkis „Kleinbürgertum" wird Spießerideologie so bloßgestellt, daß Wirklichkeit zur bittersten Satyre wird. Doch mehr wie Gorki zeigt London den, durch die Akkumulation bedingten, geschichtlichen Untergang des Kleinbürgertums auf. In wenigen Seiten vermag London wie kein zweiter die Grundlinien der kapitalistischen Geschichte hinzuwerfen. In dem glänzenden Abschnitt: „ Die Mathematik eines Traumes", analysiert er meisterhaft die Bedingungen des kapitalistischen Werdens und Vergehens. Bis in die kleinsten Bestandteile wird diese höllische Epoche seziert. Einige Sätze deuten seine Methode an: „Ich nannte die Fachleute und Künstler Leibeigene. Was sind sie denn anders? Sie alle, die Professoren, Prediger, Redakteure, behalten ihre Stellungen dadurch, daß sie der Plutokratie dienstbar sind, und ihr Dienst besteht darin, daß sie nur solche Ideen verbreiten, die entweder der Plutokratie nichts schaden oder für sie Empfehlungen sind. — — — Die Plutokratie hat heute alle Gewalt in den Händen. Sie macht heute die Gesetze, denn sie hat heute den Senat, den Kongreß, die Gerichte und die gesetzgebenden Körperschaften in der Gewalt. Und nicht allein das, um sie durchzusetzen, stehn ihr die Polizei, Armee und Flotte zu Gebote."

Desweiteren folgt eine Darstellung kapitalistischer Entwicklungsmöglichkeiten, die wir heute als Todeskrise bezeichnen. Die Proletarierpresse, soweit sie konsequent-marxistisch ist, kann nur dasselbe Bild entrollen, will sie die Gegenwart schildern, die damals für Jack London noch Zukunft war. Hier einige Kostproben:

„Die Entwicklung drängte weiter, die Luft vibrierte von Dingen, die sich ereigneten oder bevorstanden. Das Land war in harte Zeiten hineingekommen, und diese waren durch eine Reihe glücklicher Jahre verursacht, in denen die Schwierigkeit, den unverbrauchten Ueberschuß an das Ausland abzusetzen, immer größer geworden war. Die Industrie arbeitete nur noch in beschränktem Maße, viele große Fabriken standen still, und die Löhne wurden oben und unten gekürzt. — Eine Anzahl Arbeiterführer war hingerichtet worden, viele andere zu Gefängnis verurteilt, während Tausende der Streikenden in Viehgehege zusammengetrieben und von den Soldaten unbarmherzig behandelt worden waren. Jetzt hieß es bluten für die günstigen Jahre. Alle Märkte waren überfüllt, alle Marktpreise fielen, und unter dem allgemeinen Preisrückgang fiel der Preis für die Arbeit am schnellsten. Das Land wurde durch industrielle Zwistigkeiten erschüttert. Hier und dort und überall wurde gestreikt; und wo dies nicht der Fall war, wurden die Arbeiter von den Unternehmern entlassen. Die Zeitungen waren voll von gewalttätigen und blutigen Berichten. Und überall spielten die schwarzen Hundert ihre Partie. Aufruhr, Brandstiftung und wahllose Zerstörung war ihre Tätigkeit, und sie besorgten weidlich diese Dinge. Die ganze reguläre Armee stand im Feld. Alle Städte und Orte waren wie bewaffnete Lager, und Arbeiter wurden wie Hunde niedergeschossen. Aus dem großen Heer der Arbeitslosen wurden die Streikbrecher ausgehoben. Und wenn die Streikbrecher von den Arbeitern überwältigt wurden, erschienen immer die Truppen und schlugen die Arbeiter."

Schon damals vertrat London, was heute die meisten noch nicht wahr haben wollte: daß es dagegen nichts anderes gibt, als seine eigen Ferse zu stählen, um selbst zertreten zu können. Noch jetzt, da die aufgezeigte Situation selbst in Amerika vorhanden ist (der große Textilstreik der Colorado-Bergarbeiter-Streik, Sacco und Vanzetti im elektrischen Stuhl; tausend solcher Posten könnten hier angeführt werden. Upton Sinclair registriert nur einen winzigen Teil der Schandtaten dieser Epoche in seinen immer wieder zu empfehlenden Romanen, die im Gegensatz zu all der anderen zeitgenössischen Amerikaliteratur allein die Wahrheit sagen.) zieht nur ein kleiner Prozentsatz Proletarier die Konsequenz, die London damals zog: „Die eiserne Ferse wird über unser Antlitz schreiten. Es bleibt nichts, als eine blutige Revolution der Arbeiterschaft übrig."

(Fortsetzung siehe Seite 4)

*) Erhältlich „Buchhandlung für Arbeiterliteratur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 14.

Was man so zwischen den Zeilen findet

In der „Roten Fahne" vom 4. November ist eine Polemik gegen die verfluchte russische Opposition zu finden. Diese Polemik wird der „Roten Fahne" von Moskau zugeschickt. Es heißt dort, daß nun in der Prawda die Parteidiskussion zum 15. Parteikongreß eröffnet, und auch die Opposition zur Diskussion zugelassen sei. Man gibt aber wohlweislich nichts in der „Roten Fahne" wieder, sondern beschränkt sich auf jene arrogante Art, mit einigen schnoddrigen Redensarten etwas abzutun, wovon ja der Leser keine Zeile kennen braucht, um selbst ein Urteil fällen zu können. Wie man sich jedoch auch dabei verhettern kann, zeigt gerade dieser Artikel. Es wird dort nämlich folgendes Kauderwelsch zusammen gemengt:

„Der organisatorische Erfolg der Opposition ist also minimal. Und der ideologische? In dem „Diskussionsblatt" der „Prawda" treten als Wortführer der Opposition die Genossen S m i l g a und J e w d o k i m o w auf. Charakteristisch ist, mit welchen Mitteln sie arbeiten. Sie suchen politisches Kapital für sich zu schlagen aus den ökonomischen Schwierigkeiten der Sowjetmacht. Für sie existieren all die Errungenschaften wirtschaftlicher Natur nicht, von denen jedes Wort des einfachen Arbeiters durchdrungen ist. Sie sehen in panikartiger Furcht nur die Schwierigkeiten. Smilga ist wie hypnotisiert **von dem Anstellen der Moskauer vor den Lebensmittelgeschäften.** Er will diese Tatsache zum Ausganspunkt der Revision der gesamten Wirtschaftspolitik machen. Wie stehen die Dinge in Wirklichkeit? Die Sowjetmacht und die Partei hat niemals ein Hehl gemacht aus dem Warenhunger, der zu den größten Schwierigkeiten der Wirtschaftspolitik gehört. Dieser Warenhunger läßt sich gewöhnlich jeden Herbst, wenn die Verkehrsverhältnisse auf dem flachen Lande die Zufuhr der landwirtschaftlichen Produkte an die Eisenbahnstationen besonders behindert, am meisten fühlen. **In diesem Jahr kam zu dem üblichen Warenhunger die sogenannte „Kriegsnachfrage" hinzu:** Die drohende Kriegsgefahr und die Antikriegspropaganda der Sowjetpresse hatten zur Folge, **daß die Bauern Zucker, Tee und andere Produkte zu hamstern anfingen.** Der Warenhunger hat ferner seine Ursache darin, daß der Konsum der Massen ungeheuerlich gestiegen ist. Aber es wäre falsch, wenn man behaupten wollte, wie es die Opposition tut, daß dieser Warenhunger im Steigen begriffen sei. Im Gegenteil, die letzthin erschienenen „Kontrollziffern" zeigen, daß das Warenangebot für das Jahr 1927-28 um 7,7 Prozent steigt, während die Nachfrage um 5,1 Prozent gestiegen sein wird.

Im übrigen sind jetzt schon die Polonaisen vor den Lebensmittelgeschäften im Schwinden begriffen. Die Nachfrage nach Zucker und Salz **(die Bauern hamsterten aus Angst vor dem Kriege Salz in geradezu lächerlichen Mengen)** wird gedeckt, ebenso nach Butter usw. Charakteristisch bei dem Lebensmittelmangel ist übrigens, daß in den Wochen, wo in den Kooperativen (Genossenschaft) Zucker und Salz fehlte, **in dem Privatleben die Produkte zu haben waren. Der Moskauer Konsument zieht es aber vor, eine Stunde lang im Herbstregen und dickem Kot vor dem Laden der Kooperative sich anzustellen, als bei dem Privatmann auf dem Markte zu kaufen. Das war auch der Grund, warum der Privathandel noch über gewisse Mengen von Produkten verfügte."**

Wir möchten doch zu gern einmal wissen, ob diese Leninisten an den „ideologischen Erfolg" ihres Unsinns bei den Menschen glauben, die nicht vollkommen durchgedreht sind. Untersuchen wir dieses Geschreibsel kurz:

Woher können denn die Bauern den Tee und den Zucker und andere Produkte hamstern, bei einer derart bis ins kleinste „kontrollierten" Planwirtschaft, von der man den deutschen Proleten dauernd erzählt? Woher können denn die Bauern so viel, geradezu „lächerliche Mengen" Salz hamstern, das doch nicht von den Bauern, sondern von der „sozialisierten Industrie" hergestellt wird? Warum sind in den Privatläden alle Produkte zu haben und warum nicht in den Konsumgenossenschaften? **Weil mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft, die unvereinbar ist mit den Interessen der Bauern und des Privatkapitals,** jede Regulierung der Warenverteilung unmöglich ist, und alle Regierungsdekrete nicht das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt sind. Wenn man den Arbeitern jedoch für die tatsächlichen Zustände eine Erklärung vorzusetzen wagt, wie am Schlusse des obigen Zitats, so muß wohl jeder Arbeiter, der noch denken kann, mit uns übereinstimmen, daß man hier, um der Wahrheit auszuweichen, in vollkommene Idiotie verfällt. Wo gibt es einen Menschen in der Welt, der stundenlang im Dreck steht, nur um „seine" Ware von „seiner" Kooperative zu erhalten, wo er sie nebenan nur mitnehmen braucht, und genau sein Geld bezahlt, wie bei „seiner" Kooperative. Aber der Leninismus eröffnet hier eben ungeahnte Perspektiven, wie Bauern hamstern. Der Privathandel schnappte den Genossenschaften alles vor der Nase weg, weil er viel beweglicher, elastischer, weniger bürokratisch ist, wie die Kooperative. Er macht gute Geschäfte, und die Bauern pfeifen auf das „Bündnis" und lassen, wenn die Gefahr im Verzuge ist, ihren „Bruder" in der Stadt verhungern. Das alles rührt den „Konsumenten" in der Stadt nicht. Er boykottiert den „Privathandel" und wenn er selbst umsonst stundenlang im Dreck steht. Welch unglaubliche Blödheit! Wir wollen hier nicht von den Absichten der Opposition reden, wir haben das schon des öfteren getan, und werden das auch weiter tun. Aber wir möchten bei der Gelegenheit fragen:

Wäre es nicht ganz nett gewesen, unter die vielen Jubiläumsphotographien über das russische Arbeiterparadies nicht wenigstens ein paar solche aus der Wirklichkeit zu bringen? Müßte der Heldenmut der „Moskauer Konsumenten" im Kampf gegen das Privatkapital nicht eine ungeheure Begeisterung auslösen?

Aus dem Kapitel: „Generalstreik" stiert das politische Gesicht des wirtschaftskranken kapitalistischen Körpers mit Blicken, die den Anfang vom Ende bedeuten. Hier ist die europäische Revolution beim Zusammenbruch des Kapitals infolge der vollständigen Verdrängung vom Weltmarkt durch das stärkere Amerika vorweggenommen. London zitiert Karl Marx: „Die Totenglocke des Privateigentums hat geschlagen", und schenkt dem Marxismus ein glänzendes Beweisstück. Wir stehen heute nicht allzufern dieser Situation und in nichts unterscheidet sie sich von der, die Londons Feder entwarf. Selbst das schmutzige Judasgeschmeiß ist schon erkannt und in seiner ganzen Widrigkeit aufgezeigt: „Wir Sozialisten pflegten mit Vergnügen den Tag vorauszusagen, an dem die organisierten Arbeiter vom wirtschaftlichen Feld, auf dem sie noch jedesmal besiegt wurden, endlich auf das politische hinübergehen würden. Die eiserne Ferse hat die Arbeiterverbände auf wirtschaftlichem Gebiet geschlagen, und sie dadurch — nach unserer Theorie — auf das politische Gebiet getrieben. Aber anstatt, daß das für uns angenehm ist, wird es eine stete Quelle von Sorgen für uns sein. Die eiserne Ferse hat ihre Lektion. Wir zeigten ihr unsere Macht anläßlich des Generalstreiks. Deshalb hat die eiserne Ferse Schritte unternommen, einen zweiten Generalstreik zu verhindern. Das dadurch, daß sie die großen Verbände gekauft hat." — —

Die Weitsichtigkeit des Politikers London beweisen seine Ausführungen über die Machtkonstellaton nach der europäischen Revolution und seine Einstellung zur Arbeit für die Revolution, die gleichzeitg als sein Vermächtnis aufzufassen ist; zeigen ihn nochmals als konsequenten Revolutionär: „Wieviele Gewehre habt Ihr im Besitz? Wißt Ihr, wo Ihr genügend Blei bekommen könnt? Wenn es zum Klappen kommt, denkt daran, daß chemische Mixturen besser sind, als die bloße Faust!"

Der Tod der Chicagoer Kommune, der Tod ihres besten Kämpfers zeigen die Notwendigkeit dieser Maßnahmen und beenden gleichzeitig das Buch. Fortgesetzt wird es durch die Geschichte selbst werden, durch die bewußte Tat des internationalen Proletariats. Sie zu beschleunigen, Hirne und Herzen zu revolutionieren, ist heute die edelste menschliche Aufgabe. Der tote Arbeiter Jack London, der Mann aus der I. W. W. spricht weiter mit seiner klugen und schönen Stimme. Nicht allzuviele sprechen seine Sprache, die für den Anbruch der menschlichen Kultur werben, die keine Klassenkultur mehr ist. Gebt seine sozialen Romane den Arbeitern in die Hände, damit ist viel getan: damit verkürzt ihr die Zeit der eisernen Ferse, damit wird der feige Schreck aus den Herzen gerissen. Mit Blut ist die Geschichte der Arbeiter geschrieben, mit Blut muß das Proletariat Geschichte machen.

P. M. (U. S. A.)

Der Parteitag der SPOe.

Die österreichische Sozialdemokratie ist bekanntlich die „ehrlichste", „beste" und „radikalste". Sie ist so „radikal", daß sie eine Zeit lang nicht mal der 2. Internationale angehörte, sondern eine eigene, eine 2½ Internationale aufmachte, bis die Arbeiter in dieser so breit geschlagen waren, daß die SPOe. ohne nennenswerten Verlust in die Internationale der Noskiten aller Länder hinüber bugsiert werden konnte.

Die SPOe., die lange die Regierung bildete — solange die Arbeiter eine Gefahr für den Kapitalismus waren — begann, im Kapitalismus den „Sozialismus" aufzubauen, „Sozialismus", wie ihn die Austro„marxisten" auffassen. Der Wiener „Gemeindesozialismus" (siehe „Proletarier" Nr. 8, Jahrgang 1927) ist ja „berühmt" genug als daß man sich noch darüber auslassen müßte. Der „Sozialismus marschierte" in Oesterreich so rasend, daß sich ihm am 15. Juli d. J. das österreichische Proletariat in seiner Gesamtheit mit Waffengewalt entgegenstellen mußte, um nicht von ihm überwältigt zu werden.

Die Arbeiter verbrannten den Justizpalast, eroberten Polizei- und andere Amtsgebäude, kämpften mit der Waffe in der Hand. Ihnen gegenüber aber standen Gewerkschaften und Sozialdemokratie, vertreten durch Polizei und Reichswehr, stand der leibhaftige österreichische „Gemeindesozialismus". Und auf dieser Seite, auf der anderen Seite der Barrikaden, gegenüber dem kämpfenden Proletariat, waren die Waffenarsenale, die monarchistischen Generale, die Schober und Seipel, die Renner und Bauer, die Junker und Pfaffen, die straff organisierte Polizeigewerkschaft, die durch Sozialdemokratie und Gewerkschaften in die Reihen der Arbeiter getragene Zwietracht.

Die hundert Proletarierleichen modern in der Ende, hunderte der zu Krüppeln geschossenen Kämpfer aus der vordersten Front heilen ihre Wunden, die Zuchthäuser sind überfüllt, und immer noch wütet die Justizguillotine und wirft klassenbewußte Arbeiter in die Kerker, weil der „Sozialismus marschiert". Sozialdemokratie und Gewerkschaften behaupten nun allerdings, dies sei das Werk der Schober und Seipel, der Pfaffen und Junker.

Und jetzt kommen wir zum Wiener Parteitag der SPOe., dessen Hauptdebatte sich darum drehte, ob sich die österreichische Sozialdemokratie mit diesen selben Seipel und Schober, mit den Pfaffen und Junkern koalieren soll oder nicht, ob Sozialdemokratie und Gewerkschaften, Christlich Soziale und Landbund eine Regierung bilden sollen oder nicht.

Die österreichische Sozialdemokratie hat eine Rechte und eine „Linke" und außerdem noch eine „Opposition". Die Rechte vertritt Renner, die „Linke" Bauer. Da nun die gesamte SPOe. „radikal" ist — um die Arbeiter einzulullen — ist auch ihre Politik „radikal" und ihre Worte, das geht aus dem Aufruf der Partei vom 7. September d. J. hervor, der sich richtet:

„Gegen die blutbefleckte Reaktion! Gegen die Regierung des Arbeitermordes! Gegen die Schoberei (Massenmord vom 15. Juli!) Gegen den Terror im Heer und in der Gendarmerie! (!!) Amnestie für die Juliopfer!"

Und was empfiehlt die SPOe. den Arbeitern gegen Arbeitermord, Reaktion, Terror, Schoberei, für die Befreiung der Eingekerkerten? Auch das steht in dem Aufruf:

„Mittel der Demokratie" und „Geistige Waffen!"

Stimmzettel und die seichte Lektüre der Wiener Arbeiterzeitung, die Broschüren der Renner und Bauer und das fade Gewäsch der austro„marxistischen" Schule gegen Kanonen und Dum-Dum-Geschosse gegen Kirche, politische Macht der Bourgeoisie, gegen den Wirtschaftsapparat, gegen Polizei und Reichswehr, Stimmzettel gegen den massenmordenden Kapitalismus!

Um die Futterkrippen an der Regierung buhlten die sozialdemokratischen Götter schon lange. Die Pfaffen und die Junker verlangten dafür aber Futterkrippen an dem „Gemeindesozialismus" in Wien, wo die Sozialdemokratie alleine das Recht der Proletarierausbeutung und der Proletarierniederknüppelung besitzt.

Die Sozialdemokratie pendelt nun zwischen Skylla und Charybdis. Auf der einen Seite das Proletariat, das zu weiteren Schlägen wie am 15. Juli ausholen könnte und auf der anderen Seite Junker und Pfaffen. Das Proletariat, hoffte sie, werden die Gewerkschaften in Schach halten, ohne die Hilfe der Junker und Pfaffen ist aber ihr Machtstreben gehemmt. Deshalb versucht die SPOe. eine Verbrüderung mit Christlich Sozialen und dem Landbund gegen das Proletariat.

Herr Renner hatte mit einer Versammlungsrede eine Koalition der Sozialdemokratie mit dem Bürgerblock empfohlen und vertrat diese auf dem Parteitag mit einer großen Rede. Herr Bauer fürchtet, daß die SPOe. dadurch noch weitere Arbeitermassen verliert und trat Renner „entgegen". Herr Bauer legt dar, daß und warum für den A u g e n b l i c k eine Koalition eine psychologische Unmöglichkeit sei. Grundsätzlich hat er die Koalitionspolitik nicht abgelehnt."**) Auch Herr Bauer stellte in Wien den Grundsatz auf: „Keine Demonstrationen, die zu gewaltsamen Zusammenstößen führen können, kein Streik in lebensnotwendigen Betrieben ohne Einverständnis der gewerkschaftlichen Gesamtorganisationen.**) Die Rechte und die „Linke" sind sich also einig im Arbeiterverrat, einig mit Pfaffen und Junkern, einig mit den Ausbeutern. „Denn der Gedankengang Renners ist von dem Otto Bauers weniger durch seine Grundsätzlichkeit verschieden als durch die Reihenfolge und die B e t o n u n g.**)

Und erst die „Opposition"! Sie steht auf dem Boden des Programms, dem sog. Linzer Programm, kautschukartig nach dem Grundsatz, je dehnbarer desto besser. Die schönste Stelle dieses Programms lautet:

„Nur wenn die Arbeiterklasse wehrhaft genug sein wird, die demokratische Republik gegen jede monarchistische oder faschistische Gegenrevolution zu verteidigen, nur wenn das Bundesheer und die andern bewaffneten Korps des Staates auch dann die Republik schützen werden, **wenn die Macht in der Republik durch die Entscheidung des allgemeinen Wahlrechts in die Hand der Arbeiterklasse fällt, nur dann wird es die Bourgeoisie nicht wagen können, sich gegen die Republik aufzulehnen, nur dann wird daher die Arbeiterklasse die Staatsmacht mit den Mitteln der Demokratie erobern und ausüben können.**

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei muß daher die Arbeiterklasse in ständiger organisierter geistiger und physischer Bereitschaft zur Verteidigung der Republik erhalten, die engste Geistesgemeinschaft zwischen der Arbeiterklasse und den Soldaten des Bundesheeres pflegen, **sie ebenso wie die andern bewaffneten Korps des Staates zur Treue zur Republik zu erziehen** und dadurch die Arbeiterklasse die Möglichkeit erhalten, mit den **Mitteln der Demokratie die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu brechen.**

Wenn es aber trotz allen diesen Anstrengungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei einer Gegenrevolution der Bourgeoisie gelänge, die Demokratie zu sprengen, dann könnte die Arbeiterklasse die Staatsmacht nur noch im B ü r g e r k r i e g erobern."

Herr Bauer, der „Linke", hat das zusammengefaßt in den Satz:

„Demokratisch, solange wir können, Diktatur nur, wenn man uns zwingt!" (Protokoll S. 272).

Die Opposition ist also der eigentliche Schätzer der Republik, dieser österreichischen Hakenkreuzlerrepublik, die am 15. Juli die Arbeiter wie Hasen zusammenschoß, die das beste proletarische Element jetzt in den Kerkern vermodern läßt. Die „Opposition" konnte ihr Programm sehr gut in einer Zeile ausdrücken:

Je mehr man uns auspeitscht, desto mehr lecken wir unsern Peinigern die Stiefel.

Die „Opposition" versteht sehr gut, daß das Proletariat sich desto besser für die „Mittel der Demokratie" breitschlagen läßt, wenn es in „ständiger organisierter Bereitschaft" exerziert wird.

Die österreichischen Arbeiter werden erkennen müssen, daß ihre „linken" und Oppositions„führer" die besten Handlanger der Bourgeoisie sind, deren einzige Aufgabe darin besteht (wie das Beispiel vom 15. Juli zeigt) den Arbeitern vorzureden, noch sei nicht die Zeit der Gewalt gekommen, noch müsse man mit „geistigen" Waffen und mit dem Stimmzettel gegen Kanonen kämpfen und sich in Demut niederkartätschen lassen. Die österreichischen Arbeiter werden erkennen müssen, daß Kampf gegen die Bourgeoisie gleichbedeutend ist mit Kampf gegen Gewerkschaften und Sozialdemokratie, Kampf Klasse gegen Klasse. Jede Verzögerung bedeutet eine Machtfestigung des Gegners und eine Verlängerung der Leiden der Arbeiterklasse.

Auf den Parteitag der SPOe. kommen wir noch zurück.

**) „Vorwärts" vom 2. November, Abendausgabe.

Die loyale Opposition

„die SPD. zu festigen und zu stärken".

Die E. Laubsche Verlagsbuchhandlung gibt mit dem 1. Oktober eine zweimal monatlich erscheinende Zeitschrift heraus, die den vielversprechenden Namen „Klassenkampf" trägt; Klassenkampf; wie gewisse politische Schlangenmenschen ihn auffassen „ . . . die Sozialdemokratische Partei zu festigen und zu stärken", wie das Redaktionsprogramm wenigstens verspricht und wie nicht anders zu erwarten, denn Inhaber der Laubschen Verlagsbuchhandlung ist Herr Otto Brass, der in verblüffend kurzer Zeit, im Salto mortale-Tempo gewissermaßen, durchkreiste: SPD., USP., KAG, KPD, USP., SPD., zusammen mit Herrn Ernst Däuming und dem an dieser Stelle wiederholt gekennzeichneten Geschäftsführer des Freidenkerbundes Herrn Max Siewers. Und in der Noskepartei ist Herr Brass schon wieder in „Opposition."

Und wohin nun, mag der beängstigte Leser fragen? Denn soviel Parteien gibts doch gar nicht, daß Herr Brass in diesem Tempo weiter „opponieren" könnte. Gemach, das ist auch gar nicht nötig. Die „Opposition" der Noskepartei à la Brass ist nämlich jetzt das Staubecken, in dem die unzufriedenen Arbeiter aufgefangen und wieder in den Mutterschoß zurückgeführt werden sollen. Während des Krieges, als die SPD. zu Wilhelm und dem Rüstungskapital stand, war das was anderes, damals ließ sich die Abtrennung der klassenbewußten Arbeiterschicht von der SPD. nicht verhindern, und man etablierte die USP. Durch den „Radikalismus" der Schlangenmenschen wurde sie zertrümmert. Die Hälfte war wieder reif für die SPD., die andere Hälfte ging weiter zu der damals noch revolutionären KPD. Hier wiederholt sich dasselbe. Ein Teil der ideologisch abgebremsten Arbeiter wurde wieder in die USP. genommen und von hier aus in die Noskepartei hinübergeleitet.

Und wieder rebellieren die Arbeiter in der SPD. Und wieder hat Herr Brass eine „Opposition" aufgezogen. Aber trotz dieser „Opposition" wird die Noskepartei nicht einen Streik m e h r abwürgen, nicht einen Arbeiter m e h r an die Wand stellen, wenn die Proletarier die Augen offen halten und sich die „Führer" dieser „Opposition" bei Licht besehen.

Ruth Fischer feiert Jubiläum

In den Pharussälen in Berlin war es, und zwar am Freitag, den 28. Oktober. Um sich von dem Ekki „abzugrenzen," mußte sie ein Bild von diesem „Arbeiterstaat" zeichnen, daß diese Jubiläumsstimmung stark abtötete. Ihre Zahlen über Arbeitslohn, Arbeitslosigkeit, Wohnungsverhältnisse, und die soziale Zusammensetzung der russischen Partei und die durch die Massenausschüsse von revolutionären Arbeitern und Aufnahme von bäuerlichen und kleinbürgerlichen Elementen hervorgerufene Wandlung ließ keinen Zweifel darüber, daß Rußland dasselbe kapitalistische Land ist, wie jedes andere. Das hinderte die Ruth nicht, in die Verteidigungsfanfare zu blasen und dem Heckert Gelegenheit zu geben, sie als eine prinzipienlose Renegatin hinzustellen. Nachdem Heckert unter dem Gelächter der sehr gut besuchten Versammlung seinen Blödsinn verzapft hatte und Scholem noch zu retten suchte, was irgendwie zu retten war, sprach ein Genosse der KAPD. unter der größten Aufmerksamkeit der gut besuchten Versammlung, und zog aus den von Ruth Fischer eingestandenen Tatsachen die einzig möglichen Schlüsse für das Verhältnis des revolutionären Proletariats zu dem heutigen Rußland und der III. Internationale. Die Versammlung war ein Erfolg — für die KAPD.

Ortsgruppe Dortmund. Jeden Mittwoch Abend um 8 Uhr öffentlicher Diskussiopsabend im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße. Jeden Samstag Abend achteinhalb Uhr Zahlabend der AAU. ebenda.

Bestellschein

Ich bestelle hiermit ab ____________________

Kommunistische „Arbeiter-Zeitung"

____
(Vor- und Zuname)

____
(Wohnort und Straße)

Dieser Bestellzettel ist an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden oder direkt der zuständigen Postanstalt zu übergeben.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. Druck: Erdmann & Co., Berlin SO 36, Moritzpl. 6741.

8. Jahrg. Nr. 87 — Preis 15 Pfg.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13. Telephon-Nr.: Moritzplatz 7832.

Berlin, 10. November 1927
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Bln. SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Amnestie der Weißgardisten in Rußland

Die „Rote Fahne" meldet, daß anläßlich des Jubiläums Stalin ein Amnestidekret erlassen hat. In diesem Amnestieerlaß heißt es unter anderem:

Alle von Gerichten oder Verwaltungsorganen wegen gegenrevolutionärer Tätigkeit während des Bürgerkrieges bis zum 1. Januar 1923 verurteilten Werktätigen werden freigelassen. Die Registrierung aller ehemaligen Offiziere und Militärbeamten der Weißen Armee wird annulliert.

Rußland amnestiert die Hakenkreuzler. Alle Kraft wird gegen die revolutionären Arbeiter konzentriert, die in Opposition stehen. Stalin erhält wertvolle Hilfe. Sind es doch Tausende weißer Arbeitermörder, denen nunmehr in Rußland auch formell ein freies Leben gewährt wird, denn so wollen es die Kulaken und die Neplente. Aber auch Hindenburg, der große Verbündete Stalins jenseits der russischen Grenzen, wird ohne Zweifel zufrieden sein.

Dieser ersten offiziellen Amnestierung des weißgardistischen Gesindels in Rußland werden zweifellos weitere ähnliche Schritte folgen. Jetzt sieht man, daß die aufgebauschten Erschießungen einiger Weißgardisten nur ein Bluff waren, um die wirkliche Rechtsschwenkung Stalins zu verdecken. Bald wird auch das ausländische Emigrantengesindel Rußland überschwemmen.

Und dann wird die gemeinsame Treibjagd auf die revolutionären Arbeiter mit „Kerker und Kugel" unter vermehrter Energie und mit vereinten Kräften seinen Fortgang nehmen.

Wir fragen die KPD.-Arbeiter, ob sie auch mit der **Jubiläumsamnestie für** alle Weißgardisten und die ausdrücklich hervorgehobenen Offiziere und Militärbeamten **(auf deutsch Etappenschweine) einverstanden sind.**

Amnestie für extremste Konterrevolutionäre parallel mit der Hetze gegen revolutionäre Kommunisten, die man als „Agenten Camberlains" beschimpft und der Tscheka ausliefert — das sollte eigentlich genügend Anschauungsunterricht dafür ein, wie gründlich in Rußland die Szene gewechselt hat. Die letzten Konterrevolutionäre verlassen die Kerker — um Platz zu machen für revolutionäre Arbeiter. Ist das noch nicht deutlich genug?

Die Offensive des Reformismus

Die Sozialdemokratie, die im Weltkrieg und in der Revolution durch ein Meer von Arbeiterblut watete, die nach der Revolution das Proletariat unter die Fuchtel der herrschenden Klasse zwang und aktiv an der politischen Knebelung der Arbeiterklasse mitwirkte, die heute gemeinsam mit den Gewerkschaften die faschistische Schlichtungsdiktatur heilig spricht, und damit das Koalitions- und Streikrecht selbst im Sinne des „weitherzigsten" Reformismus praktisch aufhebt — diese Sozialdemokratie kann heute ungeschoren Werbewochen veranstalten. Noch mehr. Sie hat in den letzten Jahren und Monaten zahlenmäßig sowohl als ideell Erfolge aufzuweisen auch unter dem Industrieproletariat. Diese Tatsache erfordert für das revolutionäre Proletariat die größte Aufmerksamkeit.

Die praktischen Erfahrungen mit der Taktik des Reformismus in den Wendepunkten der Geschichte, wo es um den Preis der schmählichsten Kapitulation galt, die revolutionären Energien der Arbeiterklasse gegen das mörderische kapitalistische System und seine Träger ins Feld zu führen, geben uns die Ueberzeugung, daß das Wachstum des Reformismus nicht gleichbedeutend ist mit dem Wachstum der Kampfkraft des Proletariats. Sie lehren uns im Gegenteil, daß die Erfolge des Reformismus das sicherste Vorzeichen sind für das Schwinden der revolutionäre Energie; das revolutionäre Proletariat hat alle Ursache, auf dem Posten zu sein, weil das Wachstum des Reformismus das äußerste sichtbare Zeichen der Konsolidierung der Herrschaft der Bourgeoisie ist. Diese Herrschaft der Bourgeoisie ist auf Kosten der verschärften Ausbeutung des Proletariats aufgerichtet worden, aber das ist zu gleicher Zeit eine Etappe zur nächsten Krise. Der „Aufschwung" des Kapitalismus, das ist der Weg in die unvermeidbare Krise, und damit auch zur Krise des Reformismus auf erhöhter Stufe. Alles, was an scheinbarer organisatorischer und idealer Kraft vorhanden ist, zerflattert im Moment der Entscheidung immer wieder in ein Nichts, und der revolutionären Bewegung fällt die schwere Aufgabe zu, die in der Krise zum Ausbruch kommenden Energien aus dem reformistischen Bann zu lösen, um sie mit dem revolutionären Proletariat zu vereinigen.

Die Musik, die heute die Werbewochen der Reformisten begleitet, ist die Musik, die schon in den Jahren vor dem Kriege laut vernehmbar war. Dieselben Phrasen von der Macht des Proletariats — bis die rauhe Wirklichkeit einen dicken Strich durch die Rechnung machte. Der Weg über diese Erfolge ging, wie schon erwähnt, in den Abgrund. Es bleibt also zu untersuchen, ob sich dasselbe Schauspiel wiederholen muß, wenn auch unter andern Formen und Umständen. Denn nur die Einsicht in die Bedingungen der Entwicklung kann dem revolutionären Proletariat die Kraft geben, trotz aller scheinbaren „Mißerfolge" unentwegt auf sein Ziel loszusteuern, und in der Agitation auch die Arbeiter der Sozialdemokratie zu gewinnen, die auf Grund der Wiedersprüche, in die die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften verwickelt werden, hellhörig und empfänglich werden für die Konsequenzen, die sich für sie aus dem Bankrott ihrer eigenen Partei ergeben.

Erleichtert wird für die Sozialdemokratie die Situation durch den Zusammenbruch der III. Internationale. Es besteht nicht der geringste Zweifel darüber, das die Sozialdemokratie die III. Internationale nicht mehr als Gegner zu fürchten hat. Moskau marschiert ohne jede Munition. Die entscheidende Frage, die Frage der „Erhaltung" der Gewerkschaften müßte in ihren Konsequenzen zur Frage der „Erhaltung" der Sozialdemokratie werden. So wie die Anhänger der III. Internationale im Prinzip für die Tarifpolitik sein müssen, und damit faktisch die Schlichtungsdiktatur sanktionieren um der Einheit der Gewerkschaften willen, so taucht überall, wo in den Parlamenten eine „Arbeitermehrheit" vorhanden ist, die Frage der Regierungsbildung auf dem Boden des Kapitalismus auf. Das Rezept, das Moskau zuletzt in Hamburg anwendete, lautet: Unterstützung der sozialdemokratischen Regierung, also im Prinzip die Unterstützung einer Regierung, deren Handlungsweise von den Gesetzen der kapitalistischen Ordnung bestimmt wird. Und auf die prinzipielle Unterstützung kommt es an, nicht darauf, ob man das, was man von dem anderen verlangt, und im Prinzip gut heißt, selbst durchzuführen ablehnt. Daß die KPD. trotz dieser Inkonsequenz noch an Stimmen gewinnt, wenn auch nicht in dem Maße, wie die Sozialdemokratie, ist kein Beweis dafür, daß die Massen, die die KPD. wählen, ihre Politik billigen. Es ist die Illusion der Massen, daß es möglich sei, innerhalb der kapitalistischen Ordnung bessere sozialdemokratische Politik zu machen. Die KPD. jedoch muß überall da, wo sie vor diese praktische Frage gestellt wird, ausweichen und diese Illusionen so selbst zerstören, oder sie muß der SPD. einen billigen Vorwand liefern für die Koalition mit bürgerlichen Parteien. Da auch die Wähler der KPD. „praktische Arbeit" verlangen, kann sich die KPD. diesem Verlangen auf die Dauer nur um den Preis des Verlustes ihrer eigenen Wähler entziehen. Sie muß sich als parlamentarische Partei der Logik des Parlamentarismus ebenso beugen, wie sie sich der Logik der „Gewerkschaftsarbeit" beugen muß. Wenn sie sich als Partei diesen Gesetzen entgegenstellt, gehen die Menschen, die Parlamentarier und Gewerkschaftler, trotzdem den Weg zur SPD., wie unzählige Fälle in letzter Zeit beweisen.

Die Unmöglichkeit einer Konkurrenz gegen die Sozialdemokratie auf dem Gebiete der praktischen Politik ist jedoch nur eine Seite der Gesamtpolitik Moskaus, aus der die Sozialdemokratie Vorteile zieht. Die Krise der III. Internationale selbst untergräbt für die III. Internationale jede Werbekraft. Die Arbeiter, die sich die Mühe geben, sich ein klares Bild von den wirklichen Verhältnissen in Rußland zu machen, und die fähig sind, gesellschaftliche Zustände und die ihnen innewohnende Tendenz der Entwicklung im marxistischen Sinne zu beurteilen, können über den „Marxismus" der „Roten Fahne" nur ein Kopfschütteln übrig haben. Aber damit, daß die III. Internationale, um ihre Politik zu rechtfertigen, eine Karrikatur des Kommunismus und seiner Klassenkampftaktik verherrlichen muß, liefert sie der Sozialdemokratie billige Scheinargumente gegen den Kommunismus überhaupt. So ist die III. Internationale durch ihre eigene Politik verurteilt, zu einer Hilfstruppe der II. und Amsterdamer Internationale herabzusinken mit dem unausbleiblichen Resultat, von der Sozialdemokratie schachmatt gesetzt, und zuletzt verschlungen zu werden.

Diese für die Sozialdemokratie objektiv gegebenen günstigen Umstände können natürlich die Sackgasse, in die sie gerade durch ihre Erfolge hineintorkelt, nicht offen legen. Die gesamte Propaganda ist bereits der Auftakt zu dem „Wahljahr", und sie ist schon in den neuen Rahmen gepreßt, den Hilferding auf dem Kieler Parteitag zimmerte. Die Koalition mit der Bourgeoisie wird da bereits als Machtgewinn überhaupt gepriesen, und in der neuesten Propagandanummer des Vorwärts steht geschrieben, daß die Preußenregierung auf Grund ihrer Macht es fertig gebracht habe, daß die Schupo in Mitteldeutschland die Streikenden beschützte, und die Staatsgewalt nicht auf der Seite der Bourgeoisie, sondern auf der Seite des Proletariats stand. Welch herrliche Aussichten, wenn erst die große Koalition im Reich vorhanden ist! Wie einfach, wie verblüffend einfach ist doch der Weg zur Macht!

Die Sozialdemokratie kann sich den Verhältnissen nicht entziehen, und die Entwicklung dieser Verhältnisse ist gekennzeichnet in der Verschärfung der Klassengegensätze, die aus dem Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise resultieren. Schon in der sogenannten Konjunktur haben Gewerkschaften und Sozialdemokratie alle Hände voll zu tun, um den um ihr nacktes Dasein kämpfenden Arbeitsmassen den nötigen Respekt vor den Stacheldrahtverhauen der Schlichtungsbannmeile beizubringen. Je weiter jedoch dieser Aufbau fortschreitet, desto verheerender setzt die Offensive der kapitalistischen Klasse ein, nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auf politischem und kulturpolitischem Gebiete. Der Weg der Demokratie ist eben der Weg des Kapitalismus, und der Weg des Kapitalismus ist für das Proletariat der Weg in die Barbarei. Zwischen beiden Wegen, dem Weg des Klassenkampfes und dem des Kapitalismus gegen das Proletarit hat die Sozialdemokratie zu wählen. Sie kann, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will, nur den Weg der „Demokratie" gehen, und muß die Teilnahme an der Unterdrückung des Proletariats als „Weg zur Macht" bezeichnen, um sich und ihre Existenz überhaupt rechtfertigen zu können. Sie benutzt die durch den scheinbaren konjunkturellen Aufschwung lebendig gewordenen Illusionen im Proletariat, und die durch den Bankrott der III. Internationale gegebene objektiv günstige Situation zu einer groß angelegten Offensive für das „Wahljahr" 1928, um ihren eigenen Bankerott, der den breiten Massen, deren Urteil von der Tradition der Vorkriegszeit und von der Oberfläche der Verhältnisse bestimmt wird, zu verdecken. Daß das Kapital daran selbst ein Interesse hat, beweisen die Millionen, die dieses den Gewerkschaften bereitwilligst zur Verfügung stellte, und die Bekenntnisse zahlreicher Kapitalsvertreter, daß man die Gewerkschaften künstlich schaffen müßte, wenn sie nicht vorhanden wären.

Die Illusion des Weges der Demokratie zum Sozialismus wird durch die kapitalistische Entwicklung selbst gründlich zerstört. Daran ändert auch das krampfhafte Klammern der „Linken" an dieser Illusion nichts. Demokratie soweit als möglich, und Diktatur dann, wenn die Grenze der Demokratie erreicht ist, das war das Stoßgebet der Austromarxisten der Internationale zweieinhalb. Die Entwicklung der Verhältnisse in Oesterreich hat diese Utopie in die Rumpelkammer der Geschichte geworfen, und das „Prinzip" der Demokratie, und die Ablehnung des Bürgerkrieges wird gerade dann proklamiert, als die Bourgeoisie die Maske der Demokratie bei Seite wirft, und den Bürgerkrieg gegen das Proletariat in aller Form eröffnet. Die „Linken", die die Demokratie nicht prinzipiell ablehnen, also im Grunde genommen auf dem Boden der Demokratie stehen, können sich dadurch auch nicht der Logik der parlamentarischen Taktik entziehen, denn die demo-